

WORKING PAPER FORSCHUNGSFÖRDERUNG

Nummer 354, Oktober 2024

Wie blicken Arbeitnehmer:innen auf die Energiewende?

Eine Analyse entlang politischer Parteipräferenzen

Felix Schulz und Vera Trappmann

Auf einen Blick

Anhand einer repräsentativen Umfrage unter Beschäftigten analysiert das vorliegende Paper die Zustimmung zu energiepolitischen Maßnahmen und die Wahrnehmung sozio-ökonomischer Folgen entlang politischer Parteipräferenzen. Zwischen den parteipolitischen Linien „Mitte links“ (SPD, Grüne, Die Linke), „Mitte rechts“ (CDU/CSU, FDP) und „populistisch“ (BSW, AfD) finden sich deutliche Unterschiede, aber über die parteipolitischen Differenzen hinaus auch Mehrheiten für die Kopplung staatlicher Förderung an gute Arbeitsbedingungen und für mehr demokratische und finanzielle Teilhabe an der Energiewende.

Felix Schulz ist Postdoctoral Research Fellow am „Centre for Employment Relations, Innovation and Change“ und dem „Digital Futures of Work (Digit) Research Centre“ an der University of Leeds. Er forscht zur sozial-ökologischen und digitalen Transformation. Die Rolle von Gewerkschaften, Gerechtigkeitsimplikationen und Werteorientierungen steht im Mittelpunkt seiner Arbeit.

Vera Trappmann ist Professorin für Comparative Employment Relations an der Leeds University Business School. Sie leitet einen Arbeitsschwerpunkt zu Klimawandel und Arbeit am „Centre for Employment Relations, Innovation and Change“ und gemeinsam mit Dr. Dennis Eversberg das von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Projekt zu „Just Transition: Aktivitäten im internationalen Vergleich“. Sie ist Mitglied im Executive Committee des „Priestley Centre for Climate Futures“ an der University of Leeds und der „Economic Advisory Group on Climate Change Adaptation and Resilience“ des Climate Change Committee (UK).

© 2024 by Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
www.boeckler.de



„Wie blicken Arbeitnehmer:innen auf die Energiewende?“ von Felix Schulz und Vera Trappmann ist lizenziert unter

Creative Commons Attribution 4.0 (BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.
(Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/de/legalcode>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Schaubildern, Abbildungen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

ISSN 2509-2359

Inhalt

Zusammenfassung.....	6
1. Einleitung	7
2. Daten und Methodik	9
3. Wer wählt welche Partei?	11
4. Energiewende	14
5. Energieversorgung.....	16
5.1 Energiequellen zur Stromerzeugung.....	16
5.2 Kriterien für die Energieversorgung.....	19
6. Erneuerbare Energien	22
6.1 Erneuerbare Energien allgemein.....	22
6.2 Windenergie.....	27
7. Kohleausstieg.....	30
8. Atomausstieg	35
9. Wasserstoff	38
10. Carbon Capture and Storage.....	42
11. Schlussfolgerungen.....	46
Literatur.....	50
Anhang.....	59

Abbildungen

Abbildung 1: Parteipräferenzen der Stichprobe	11
Abbildung 2: Zustimmung zur Notwendigkeit der Energiewende	14
Abbildung 3: Zustimmung zur Notwendigkeit der Energiewende nach Parteipräferenz	15
Abbildung 4: Akzeptanz der Energiequellen zur Stromerzeugung	17
Abbildung 5: Akzeptanz der Energiequellen nach Parteipräferenz	18
Abbildung 6: Kriterien für die Energieversorgung	20
Abbildung 7: Kriterien für die Energieversorgung nach Parteipräferenz	21
Abbildung 8: Haltung zu erneuerbaren Energien	23
Abbildung 9: Haltung zu erneuerbaren Energien nach Parteipräferenz I	24
Abbildung 10: Haltung zu erneuerbaren Energien nach Parteipräferenz II	25
Abbildung 11: Haltung zu erneuerbaren Energien nach Parteipräferenz III	26
Abbildung 12: Haltung zu Windenergie an Land	28
Abbildung 13: Haltung zu Windenergie an Land nach Parteipräferenz	29
Abbildung 14: Haltung zum Kohleausstieg	31
Abbildung 15: Haltung zum Kohleausstieg nach Parteipräferenz I	32
Abbildung 16: Haltung zum Kohleausstieg nach Parteipräferenz II	33
Abbildung 17: Haltung zum Kohleausstieg nach Parteipräferenz III	33
Abbildung 18: Haltung zum Atomausstieg	36
Abbildung 19: Haltung zum Atomausstieg nach Parteipräferenz	36
Abbildung 20: Haltung zu Wasserstoff	39
Abbildung 21: Haltung zu Wasserstoff nach Parteipräferenz I	40
Abbildung 22: Haltung zu Wasserstoff nach Parteipräferenz II	40
Abbildung 23: „Bereits von Carbon Capture and Storage gehört“ nach Parteipräferenz	43

Abbildung 24: Haltung zu Carbon Capture and Storage 44

Abbildung 25: Haltung zu Carbon Capture and Storage nach
Parteipräferenz 45

Tabellen

Tabelle 1: Arithmetisches Mittel für soziodemografische Variablen
nach Parteipräferenz 12

Tabelle 2: Ergebnisse der Varianzanalysen 59

Zusammenfassung

Das vorliegende Working Paper analysiert anhand einer repräsentativen Umfrage die Zustimmung von Beschäftigten zur Energiewende in Deutschland. Im Fokus steht vornehmlich die Beurteilung verschiedener Energiequellen und die Wahrnehmung der sozioökonomischen Folgen der Energiewende. Vor dem Hintergrund intensiver politischer Diskussionen zur Ausgestaltung der Energiewende, vor allem durch die Wahlerfolge der AfD und des BSW, betrachten wir zudem die Unterschiede in der Zustimmung entlang politischer Parteipräferenzen.

Eine Mehrheit der Beschäftigten unterstützt die Ziele der Energiewende, den Ausbau von erneuerbaren Energien und den Kohleausstieg. Auch Wasserstoff erfährt mehrheitliche Zustimmung, solange dieser aus erneuerbaren Energien hergestellt wird. Sorgen und Unsicherheiten zeigen sich bei den ökonomischen und arbeitsmarktpolitischen Folgen der Energiewende.

Deutliche Differenzen zeichnen sich entlang parteipolitischer Präferenzen der Befragten ab. Anhänger:innen der etablierten Parteien zeigen deutlich mehr Zustimmung zur Energiewende als AfD- und BSW-Befürworter:innen. Zudem unterstützen Anhänger:innen des Mitte-links-Spektrums (SPD, Grüne, Die Linke) die Energiewende stärker als Anhänger:innen des Mitte-rechts-Spektrums (CDU/CSU, FDP). Die Zustimmung der AfD-Anhänger:innen ist in fast allen Fragen durchschnittlich signifikant niedriger; die Zustimmung der BSW-Anhänger:innen liegt in den meisten Fällen zwischen der der AfD und der etablierten Parteien.

Interessant ist allerdings, dass die Kopplung staatlicher Förderungen an gute Arbeitsbedingungen sowie eine stärkere demokratische und finanzielle Teilhabe auch über die skizzierten parteipolitischen Differenzen hinaus eine Mehrheit finden.

1. Einleitung

Der Energiepolitik kommt eine überaus entscheidende Rolle zur Erreichung der nationalen und internationalen Klimaziele zu. Auf der einen Seite machen energiebedingte Emissionen mehr als 80 Prozent der gesamten deutschen Emissionen aus (Umweltbundesamt 2024a). Auf der anderen Seite ist Energie die Grundlage aller Wirtschaftsprozesse sowie des täglichen Lebens privater Haushalte. Es ist daher nicht überraschend, dass sich ein erheblicher Teil der Klimapolitik unter dem Leitmotiv der Energiewende auf die Dekarbonisierung von Energie fokussiert.

Mit dem Kohleausstiegsgesetz hat die Bundesregierung die Rahmenbedingungen und die Rechtssicherheit geschaffen, sich bis spätestens 2038 schrittweise und endgültig von der Kohleverstromung in Deutschland und der damit emissionsreichsten Energiequelle zu verabschieden. Zur zukünftigen fossilfreien Sicherstellung der Energieversorgung ist der Ausbau der erneuerbaren Energien die zweite Säule der Energiewende.

Treibende Kraft ist hier das in der Novelle zum Erneuerbare-Energien-Gesetz von 2023 festgeschriebene Ziel von 80 Prozent erneuerbarer Energien im Bruttostromverbrauch bis 2030 – u. a. unterstützt vom „Solar-Paket I“ sowie dem „Wind-an-Land-Gesetz“ und „Wind-auf-See-Gesetz“. Bis dahin sind es nur noch sechs Jahre. Die Frage, wie dieses Ziel zu schaffen ist, ist zentraler Bestandteil der energiepolitischen öffentlichen und medialen Debatte.

Deutschland unterscheidet sich in der Energiepolitik stark von anderen europäischen Ländern wie Frankreich oder Schweden, die zur Dekarbonisierung ihres Energiesystems auf Atomenergie setzen. Mit dem 2011 verabschiedeten und seit Mai 2024 in Kraft getretenen Atomausstieg ist diese Energiequelle in Deutschland nicht verfügbar.

Vielmehr spielen zwei technologische Prozesse eine Schlüsselrolle bei der geplanten Wende, vor allem für die Industrie: Wasserstoff und Carbon Capture und Storage (CCS). Wasserstoff wird als elementarer Baustein zur Transformation energieintensiver Industrien gesehen, die bisher auf Kohle und Erdgas als stabile Energiequelle angewiesen sind (BMWK 2023). Über CCS sollen schwer oder nicht zu vermeidbare Emissionen dieser Industrien abgeschieden und unterirdisch im Meer gespeichert werden (BMWK 2024a).

Aufgrund der vielen Veränderungen, die die Energiewende sowohl im privaten als auch im arbeitsspezifischen Kontext mit sich bringt, ist es wichtig zu verstehen, wie die Beschäftigten die Energiewende bewerten. Die Studie baut auf einer kürzlich veröffentlichten Beschäftigtenumfrage (Schulz/Trappmann 2023) auf, die zeigt, dass eine Mehrheit der deutschen Beschäftigten den Ausbau erneuerbarer Energien befürwortet.

Gleichwohl gab es einen großen Anteil an Beschäftigten, der sich weiterhin für einen mittleren bis sehr hohen Anteil an Kohle, Gas und Atomenergie bei der Stromerzeugung aussprachen.

In der vorliegenden Studie nehmen wir diese Befunde genauer unter die Lupe und untersuchen, was zur politischen Zustimmung zur Energiewende führt und wie die sozioökonomischen Auswirkungen in der arbeitenden Bevölkerung betrachtet werden.

Energiepolitische Maßnahmen werden dafür entlang unterschiedlicher Aspekte, wie z. B. Versorgungssicherheit, Preisveränderungen, Bürgerbeteiligung, Beschäftigungseffekten, Energiequellen und Technologien untersucht und entlang dem Zuspruch für politische Parteien ausgewertet. Während sich die etablierten demokratischen Parteien – CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP und die Linke – teils hinsichtlich der Rolle von Atomenergie, spezifischen Aspekten zum Ausbau von Windkraftanlagen und Details zur Finanzierung und Nutzung von Technologien unterscheiden, bekennen sie sich übereinstimmend zu den nationalen Klima- und Ausbauzielen für erneuerbare Energien.

Mit dem Aufstieg der AfD und der 2023 neugegründeten Partei „Bündnis Sahra Wagenknecht“ (BSW) ist der allgemeine politische Konsens der Ziele jedoch so nicht mehr gegeben. In seinem Programm für die Europawahl spricht sich das BSW für eine Verlängerung von Gas- und Ölimporten aus Russland aus und betrachtet die geplanten Erneuerbare-Energien-Ziele als „nicht realistisch“ (BSW 2024).

Die AfD plädiert für die Aufkündigung internationaler Klimaabkommen, in denen sich Deutschland zu klimapolitischen Zielen verpflichtet hat (Deutscher Bundestag 2023a), für den Rückzug vom Kohle- und Atomausstieg sowie für einen Ausbaustopp für erneuerbare Energien (AfD o. J.; Deutscher Bundestag 2023b und 2024a).

In dieser Studie geht es uns darum, die Zusammenhänge zwischen parteipolitischen Präferenzen und energiepolitischen Positionen herauszuarbeiten und zur Analyse beizutragen, unter welchen Umständen Energiepolitik mehrheitsfähig werden kann (Hagemeyer/Faus/Bernhard 2024).

Im Folgenden skizzieren wir die Zustimmung zu bzw. Ablehnung von verschiedenen Elementen der Energiewende, einerseits mit Blick auf die Energiequellen, andererseits auf die damit verbundenen Transformationsprozesse.

2. Daten und Methodik

Die Daten beruhen auf einer repräsentativen Umfrage von ca. 2.000 Beschäftigten in Deutschland. Die Umfrage wurde von den Autor:innen entworfen und von der Hans-Böckler-Stiftung finanziell gefördert. Zur Durchführung wurde das Marktforschungsinstitut Norstat beauftragt, aus seinem nationalen Panel 2.000 Menschen in Beschäftigung anhand von repräsentativen Quoten zu Alter, Geschlecht, Bildungsgrad und Branchenzugehörigkeit zu rekrutieren. Die Daten wurden zwischen dem 10. April und dem 14. Mai 2024 erhoben. Die Umfrage dauerte ca. acht Minuten und enthielt Aussagen zu verschiedenen aktuellen energiepolitischen Themen, die die Teilnehmer:innen bewerten mussten.

Wenn nicht anders im Text beschrieben, wurden die Ergebnisse auf einer Fünf-Punkte-Likert-Skala gemessen, die von „Ich stimme überhaupt nicht zu“ bis zu „Ich stimme voll und ganz zu“ reichte. Um die Darstellung zu vereinfachen, haben wir die Ergebnisse in den folgenden Kapiteln, wenn es um Unterschiede nach Parteipräferenzen geht, in Drei-Punkte-Skalen unterteilt:

- Zustimmung („Ich stimme voll und ganz zu“ oder „Ich stimme zu“)
- unentschieden („Ich stimme weder zu noch dagegen“)
- keine Zustimmung („Ich stimme nicht zu“ oder „Ich stimme überhaupt nicht zu“)

Die Parteipräferenz haben wir mit der klassischen Frage „Wenn morgen Bundestagswahl wäre, für welche der folgenden Parteien würden Sie stimmen?“ abgefragt. Darüber hinaus fragten wir nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen sowie arbeitsrelevanten Aspekten wie z. B. Firmengröße, Betriebsrat im Unternehmen, Gewerkschaftsmitgliedschaft und ob die Bezahlung nach Tarif erfolgt.

Das persönliche monatliche Nettoeinkommen wurde auf einer Zehn-Punkte-Skala von 1 („weniger als 1000 Euro“) bis 10 („mehr als 8000 Euro“) gemessen. Der Bildungsgrad basiert auf einer dreistufigen Einteilung:

- ohne Bildungsabschluss oder mit Hauptschulabschluss
- Realschulabschluss, (Fach-)Hochschulreife oder abgeschlossene Berufsausbildung/Lehre
- Hochschulabschluss.

An zwei Punkten der Datenerhebung wurde das Antwortverhalten der Teilnehmer:innen durch Norstat überprüft: Nachdem 1.000 Teilnehmer:innen und nachdem etwas über 2.100 Teilnehmer:innen ihre Antworten abgegeben hatten, wurden sogenannte „Speeder“ und „Flatliner“ aussortiert.

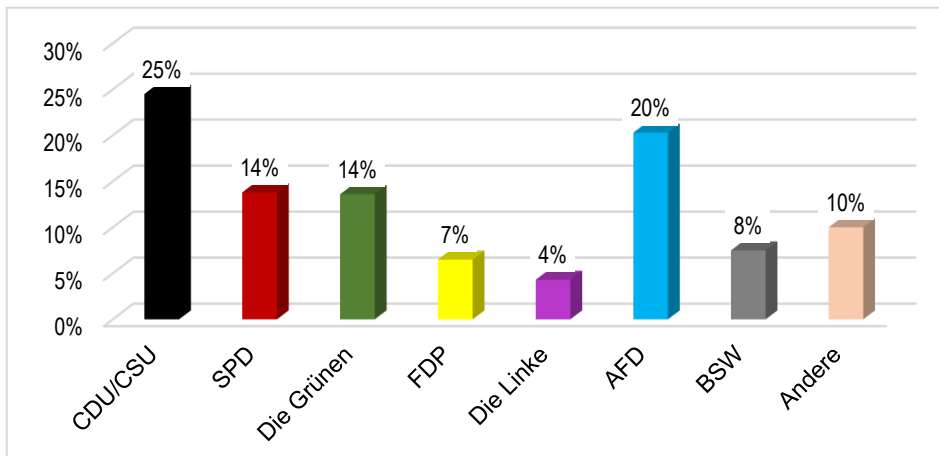
Von den 2.072 verbliebenen Teilnehmer:innen waren 128 selbstständig tätig; für diesen Beitrag betrachten wir aber nur Beschäftigte in Deutschland. Somit enthält die genutzte Stichprobe 1.944 gültige Nennungen. Hinsichtlich ihrer Parteiaffinität machten 19 Prozent keine Angaben. Statistiken zu Antworten nach Parteipräferenz basieren somit auf einer Stichprobengröße von 1.569 Beschäftigten.

Die Analysen in den folgenden Kapiteln sind vor allem deskriptiv. Für den Vergleich der Parteipräferenz unter den Beschäftigten nutzen wir Varianzanalysen, um zu schauen, ob die Unterschiede der Durchschnittswerte statistisch betrachtet signifikant sind. Darüber hinaus führten wir bei ausgewählten Fragen ordinale logistische Regressionsanalysen für die Beziehung zwischen Parteipräferenz und Zustimmung zu energiepolitischen Fragen durch, in denen wir für die soziodemografischen Merkmale Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen, Bundesland und Branche kontrollierten.

3. Wer wählt welche Partei?

Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, würden 25 Prozent der Beschäftigten aus unserer Stichprobe die Unionsparteien wählen, gefolgt von der AfD mit 20 Prozent (Abbildung 1). Jeweils 14 Prozent würden der SPD und den Grünen ihre Stimme geben, die FDP bekäme 7 Prozent. Somit kommen die Regierungsparteien in unserer Stichprobe auf gerade einmal 35 Prozent. Die Linke würde mit den 4 Prozent aus unserer Stichprobe nicht in den Bundestag einziehen, aber das BSW mit 8 Prozent.

Abbildung 1: Parteipräferenzen der Stichprobe



Anmerkung: $N = 1569$

Quelle: eigene Erhebung

Diese Ergebnisse decken sich größtenteils mit denen anderer repräsentativer Umfragen zu potenziellem Wahlverhalten im April und Mai 2024, die von YouGov (Sonnenberg 2024) und infratest dimap (2024) erhoben wurden. Unterschiede zeigen sich in der Zustimmung für die Unionsparteien, die in unserer Stichprobe ca. vier bis fünf Prozentpunkte niedriger ist. Diese fehlenden Prozentpunkte finden sich in einer ein bis zwei Prozentpunkte höheren Zustimmung für AfD, BSW und FDP wieder.

Um unsere Ergebnisse besonders hinsichtlich der Unterschiede nach Parteipräferenz besser beurteilen zu können, skizzieren wir kurz, wer welche Parteien wählen würde. Dazu haben wir Befürworter:innen der AfD und des BSW mit denen der etablierten Parteien in Bezug auf Angaben

zu Alter, Geschlecht, Bildungsgrad, Einkommen, Branchenzugehörigkeit und Bundesland, in dem sie leben, verglichen.

Für numerische Variablen (Alter) und ordinale Variablen (Bildung und Einkommen) nutzen wir Varianzanalysen, um die statistische Signifikanz der Unterschiede zu testen. Arithmetische Mittelwerte für Alter, Geschlecht, Bildungsgrad und Einkommen sind in Tabelle 1 dargestellt. Die Ergebnisse der Varianzanalysen sind in Tabelle 2 im Anhang zu finden.

Tabelle 1: Arithmetisches Mittel für soziodemografische Variablen nach Parteipräferenz

	Alter	Geschlecht (männlich)	Bildungs- grad*	Ein- kommen**
CDU/CSU	45,46	0,60	2,28	5,90
SPD	46,03	0,56	2,31	5,38
Die Grünen	40,59	0,52	2,52	5,63
FDP	40,05	0,61	2,46	5,79
Die Linke	42,31	0,50	2,41	5,39
AfD	47,65	0,65	2,00	4,90
BSW	48,81	0,48	2,15	4,72

Anmerkungen:

* *Der Bildungsgrad basiert auf einer dreistufigen Einteilung: ohne Bildungsabschluss oder mit Hauptschulabschluss; Realschulabschluss, (Fach-)Hochschulreife oder abgeschlossene Berufsausbildung/Lehre; Hochschulabschluss.*

** *Das persönliche monatliche Nettoeinkommen wurde auf einer Zehn-Punkte-Skala von 1 („weniger als 1000 Euro“) bis 10 („mehr als 8000 Euro“) gemessen.*

Quelle: eigene Erhebung

AfD-Wähler:innen in unserer Stichprobe sind vergleichsweise älter als Anhänger:innen der etablierten Parteien. Diese Unterschiede sind signifikant im Vergleich zu Wähler:innen der Grünen (8,2 Jahre; $p < 0,001$), der FDP (9,8 Jahre; $p < 0,001$) und der Linken (7,5 Jahre; $p = 0,004$). Darüber hinaus haben sie statistisch ein signifikant geringeres Einkommen als Wähler:innen der CDU/CSU ($p < 0,001$), der Grünen, ($p < 0,001$) und der FDP ($p = 0,002$), jedoch nicht als Wähler:innen der Linken ($p = 0,722$), der SPD ($p = 0,123$) und des BSW ($p = 0,999$).

Diese Gruppe hat den größten Anteil an Beschäftigten mit niedrigem Bildungsabschluss und den geringsten Anteil an Beschäftigten mit einem akademischen Abschluss. Statistisch betrachtet ist das Bildungsniveau der AfD-Wähler:innen geringer als bei den Wähler:innen der Union ($p < 0,001$), der Grünen ($p < 0,001$), der FDP ($p < 0,001$), der Linken ($p < 0,001$) und der SPD ($p < 0,001$), jedoch nicht der Wähler:innen des BSW ($p = 0,978$).

In unserer Stichprobe kommen AfD-Wähler:innen im Vergleich der Länder eher aus den ostdeutschen Bundesländern (Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern) und aus Rheinland-Pfalz. Nur in Sachsen haben Anhänger:innen des BSW einen noch höheren Stimmanteil. 25 Prozent arbeiten im verarbeitenden Gewerbe, 7 Prozent im Baugewerbe, 13 Prozent im Groß- und Einzelhandel, 12 Prozent in der Verkehrs- und Logistikbranche und 11 Prozent im Gesundheits- und Sozialwesen.

27 Prozent der AfD-Anhänger:innen geben an, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein, was dem Durchschnitt unserer Stichprobe entspricht. Der Gewerkschaftsanteil in der Stichprobe ist höher als in der Gesamtbevölkerung, wo er bei 18 Prozent liegt. Ein Grund hierfür könnte die höhere Bereitschaft von Gewerkschaftsmitgliedern sein, an Umfragen teilzunehmen.

Ähnlich wie bei der AfD sind auch BSW-Wähler:innen eher älter und verfügen im Vergleich mit den Wähler:innen der etablierten Parteien über ein geringeres Einkommen. Sie sind signifikant älter als die Anhänger:innen der Grünen (8,2 Jahre; $p < 0,001$), der FDP (9,8 Jahre; $p < 0,001$) und der Linken (7,5 Jahre; $p = 0,004$) und haben durchschnittlich ein signifikant niedrigeres Einkommen als Wähler:innen der CDU/CSU ($p < 0,001$), der Grünen ($p = 0,001$), der FDP ($p = 0,002$) und der SPD ($p = 0,083$), jedoch nicht als Wähler:innen der Linken ($p = 0,455$).

Sie verfügen über durchschnittlich niedrigere Bildungsabschlüsse im Vergleich zu den Anhänger:innen der Grünen ($p < 0,001$), der FDP ($p = 0,002$) und der Linken ($p = 0,067$), jedoch nicht im Vergleich zu Anhänger:innen der Union ($p = 0,544$), der SPD ($p = 0,339$) und der AfD ($p = 0,978$).

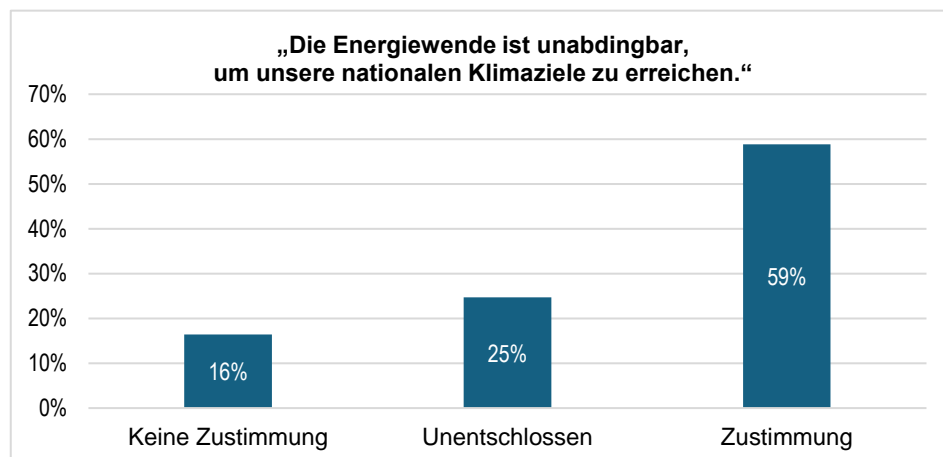
Ein überproportionaler Anteil der BSW-Wähler:innen kommt aus Sachsen, Brandenburg und Thüringen. 22 Prozent sind im verarbeitenden Gewerbe beschäftigt, 14 Prozent im Groß- und Einzelhandel und 16 Prozent im Gesundheits- und Sozialwesen. Auch unter den BSW-Befürworter:innen antworten 27 Prozent, dass sie Mitglied einer Gewerkschaft sind.

Diese Befunde decken sich größtenteils mit denen der kürzlich von der Hans-Böckler-Stiftung veröffentlichten Studie „Wer wählt ‚Bündnis Sahra Wagenknecht‘?“ (Emmler/Seikel 2024).

4. Energiewende

Abbildung 2 zeigt die Zustimmung unserer Befragten zur Notwendigkeit der Energiewende. Eine Mehrheit von 59 Prozent stimmt der Aussage zu, dass die Energiewende unabdingbar ist. Während 25 Prozent unentschieden sind, sehen 16 Prozent der Befragten die Energiewende nicht als unabdingbar an. Ein erheblicher Anteil von 41 Prozent ist also nicht von der Notwendigkeit der Energiewende zur Erreichung der nationalen Klimaziele überzeugt.

Abbildung 2: Zustimmung zur Notwendigkeit der Energiewende



Anmerkung: N= 1.944

Quelle: eigene Erhebung

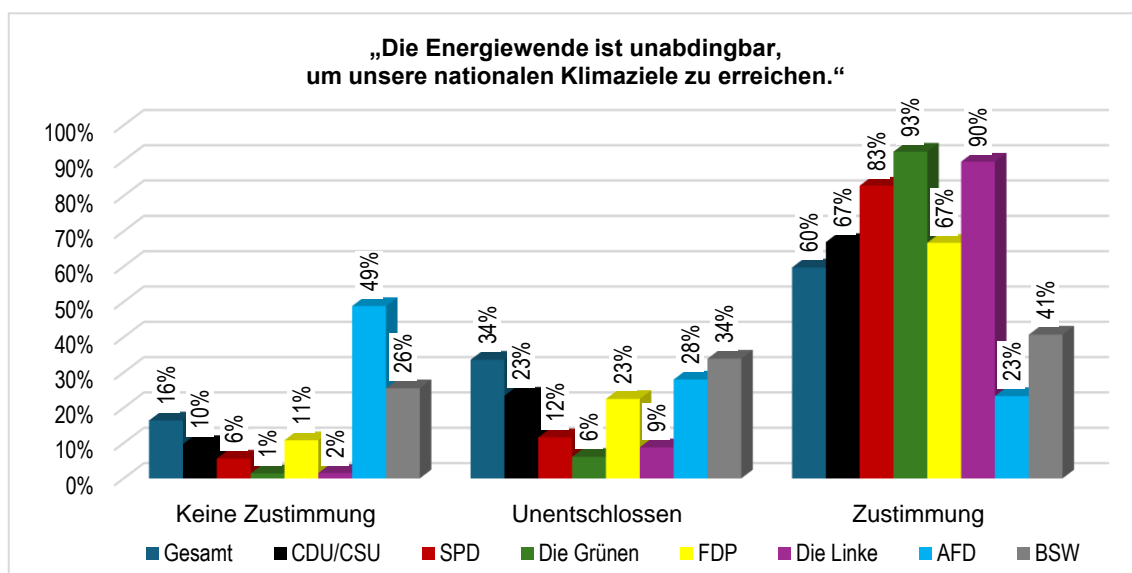
Die Zustimmung variiert jedoch stark, je nachdem welche politische Partei die Befragten in der nächsten Bundestagswahl wählen würden. Wenig überraschend stimmen 93 Prozent der Anhänger:innen der Grünen dieser Aussage zu. Ebenso befürworten 90 Prozent der Unterstützer:innen der Linken und 83 Prozent der SPD-Anhänger:innen die Notwendigkeit der Energiewende zum Erreichen der Klimaziele. Somit spricht sich eine große Mehrheit der Unterstützer:innen eher linksorientierter Parteien für die Energiewende aus.

Kurz dahinter positionieren sich Befragte, die eine Präferenz für etablierte Parteien im Mitte-rechts-Spektrum haben. Jeweils 67 Prozent der Beschäftigten, die CDU/CSU bzw. FDP wählen würden, stimmen der Aussage zu, dass die Energiewende unabdingbar ist. Somit zeigt sich bei den

Befragten, die etablierte Parteien wählen würden, eine überwiegende Zustimmung, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß.

Anhänger:innen des BSW und der AfD stellen die Notwendigkeit der Energiewende jedoch überwiegend infrage (Abbildung 3). Beim BSW stimmen nur 41 Prozent, bei der AfD lediglich 23 Prozent der Befragten für die Energiewende. Gleichwohl gibt es unter den Anhänger:innen beider Parteien auch einen erheblichen Anteil von Unentschlossenen (28 Prozent bei der AfD; 34 Prozent beim BSW).

Abbildung 3: Zustimmung zur Notwendigkeit der Energiewende nach Parteipräferenz



Anmerkung: N= 1569

Quelle: eigene Erhebung

Logistische Regressionsmodelle weisen ebenfalls darauf hin, dass es signifikant weniger wahrscheinlich ist, dass AfD- und BSW-Befürworter:innen der Energiewende zustimmen, als Anhänger:innen der anderen Parteien, wobei die Unterschiede bei der AfD noch stärker ausgeprägt sind. Diese signifikanten Unterschiede bleiben auch bestehen, wenn wir für Einkommen, Bildung, Alter, Geschlecht, Bundesland und Branche kontrollieren. Anders ausgedrückt: Soziodemografische Merkmale können die geringeren Zustimmungswerte der AfD- und BSW-Befürworter:innen zur Energiewende nicht erklären.

5. Energieversorgung

5.1 Energiequellen zur Stromerzeugung

Aktuelle Studien zeigen, dass sich die Zustimmungswerte zu Aussagen, die sich auf generelle Aspekte der sozial-ökologischen Transformation beziehen, oft stark von denen zu spezifischen Lösungen oder Vorschlägen unterscheiden (Dechezleprêtre et al. 2023; Schulz/Trappmann 2023). Daher differenzieren wir Fragen zu verschiedenen Elementen der Energiewende: erneuerbare Energien, Wasserstoff und CCS, Kohleausstieg und Atomausstieg.

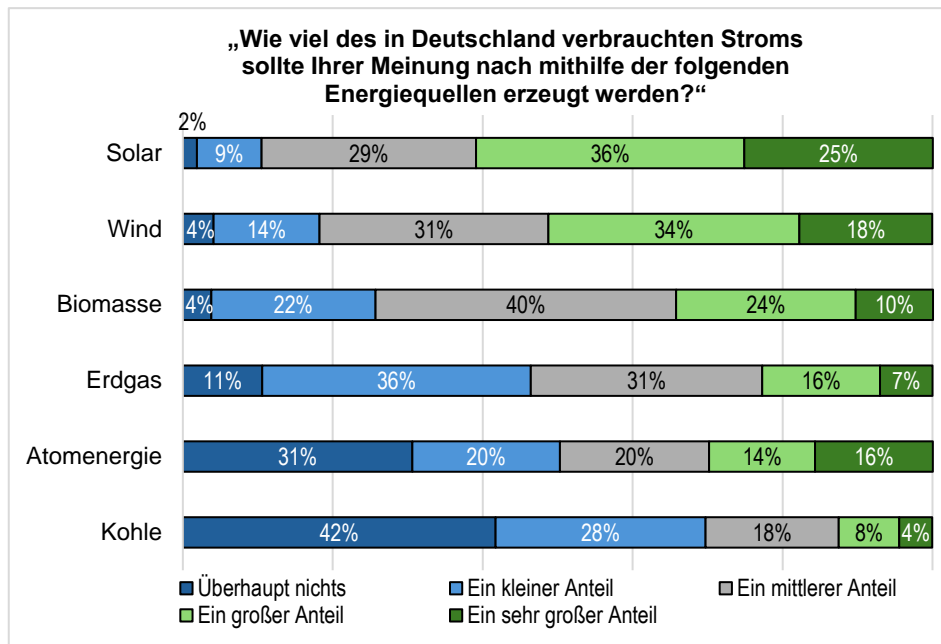
Wie in unserer umfassenden Studie von 2022 (Schulz/Trappmann 2023) fragten wir Beschäftigte nach ihrer persönlichen Einschätzung zu verschiedenen Energiequellen für die Stromversorgung in Deutschland. Die Befragten konnten auf einer Fünf-Punkte-Skala angeben, welchen Anteil jede Energiequelle für die Stromerzeugung haben sollte. Die Antwortkategorien reichten von „überhaupt nichts“ bis zu „ein sehr großer Anteil“. Die Ergebnisse sind in Abbildung 4 dargestellt.

Solarenergie erhält eindeutig den größten Zuspruch. Mit 61 Prozent Zustimmung zu „ein großer“ oder „ein sehr großer Anteil“ genießt die Solarenergie mehr Zuspruch als Windenergie (52 Prozent) oder Biomasse (34 Prozent). 23 Prozent der Befragten spricht sich für einen großen bis sehr großen Anteil an Erdgas aus; 31 Prozent für einen mittleren und 36 Prozent für einen kleinen Anteil. Lediglich 11 Prozent sind für den kompletten Ausstieg aus der Gasversorgung.

Bei der Nutzung von Atomenergie sind die Meinungen noch stärker gespalten. 31 Prozent der Befragten ist gegen jegliche Nutzung von Atomenergie, 40 Prozent sind für einen kleinen oder mittleren Anteil und 30 Prozent für einen großen oder sehr großen Anteil.

Am stärksten verbreitet ist die Ablehnung des Kohlestroms. 42 Prozent der Befragten geben an, dass kein Strom durch Kohle erzeugt werden sollte; 28 Prozent sind für einen kleinen Anteil. Somit bleiben 30 Prozent, die sich weiterhin für einen mindestens mittleren Anteil von Kohle bei der Stromerzeugung aussprechen; 12 Prozent der Befragten sind sogar für einen großen oder sehr großen Anteil.

Abbildung 4: Akzeptanz der Energiequellen zur Stromerzeugung



Anmerkung: N= 1944

Quelle: eigene Erhebung

Im Vergleich zu den Ergebnissen aus dem Jahr 2022 (Schulz/Trappmann 2023) ergeben sich leichte Unterschiede, wobei die generellen Präferenzen zu den Energieträgern gleich geblieben sind: Der Anteil derjenigen, der sich für überhaupt keinen oder einen kleinen Anteil von Solarenergie ausspricht, ist von 18 auf 11 Prozent gesunken. Auf der anderen Seite hat sich der Anteil derjenigen halbiert, die für einen sehr großen Anteil an Windkraft sind (18 Prozent gegenüber 36 Prozent im Jahr 2022), während die Zustimmung zu einem großen oder mittleren Anteil von Windkraft um 20 Prozentpunkte zugenommen hat.

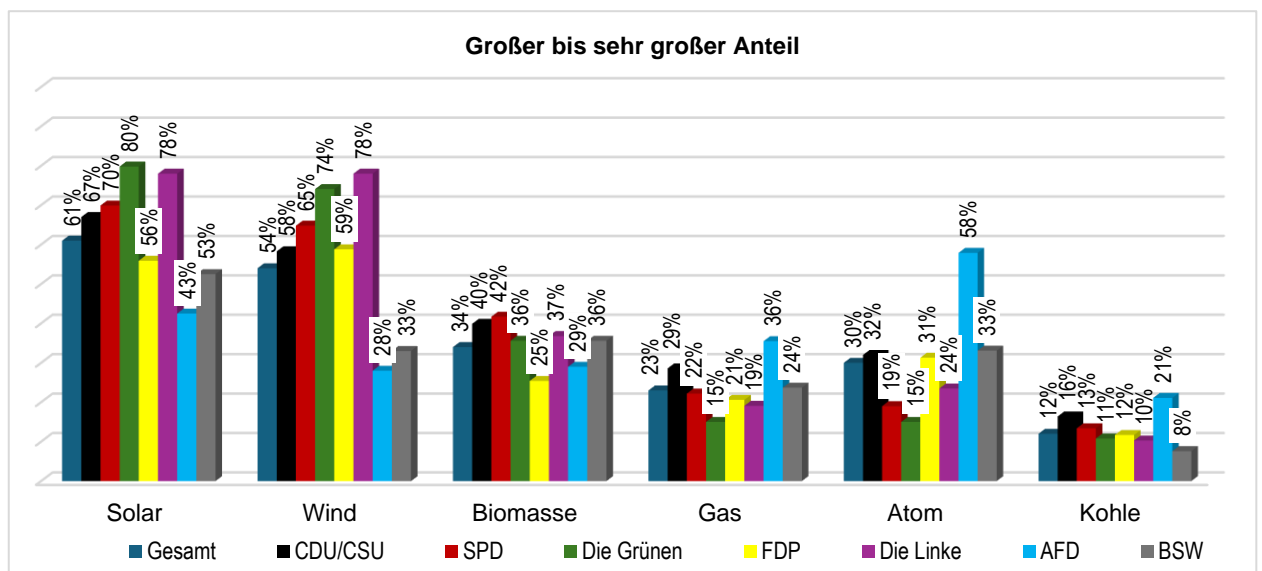
Auch bei der Nutzung von Biomasse gibt es eine Verschiebung von einem sehr großen Anteil hin zu einem mittleren Anteil. Die Meinungen zur Erdgasnutzung sind stabil. Der Anteil derjenigen, die sich gegen eine Nutzung der Atomenergie aussprechen, hat interessanterweise um 6 Prozentpunkte zugenommen.

Auch bei der Kohleenergie ist der Zuspruch gesunken. Während sich in der Umfrage von 2022 nur 24 Prozent der Befragten gegen eine Nutzung von Kohle aussprachen, sind es 2024 schon 42 Prozent. Ein Grund für diesen Unterschied könnte in dem Zeitpunkt der ersten Umfrageerhe-

bung liegen, die kurz nach dem russischen Angriff auf die Ukraine und während der daraus resultierenden Energiekrise in Deutschland stattfand.

Wie in Abbildung 5 zu sehen ist, ergeben sich starke Unterschiede bei den Meinungen zum erwünschten Anteil eines Energieträgers, wenn nach Parteipräferenz unterschieden wird. Während sich die große Mehrheit der Befragten, die für CDU/CSU (67 Prozent), SPD (70 Prozent), die Linke (78 Prozent) oder die Grünen (80 Prozent) stimmen würden, für einen großen oder sehr großen Anteil an Solarenergie aussprechen, sind es bei der FDP (56 Prozent) und dem BSW (53 Prozent) nur etwas mehr als die Hälfte, bei den AfD-Anhänger:innen (43 Prozent) noch weniger.

Abbildung 5: Akzeptanz der Energiequellen nach Parteipräferenz



Anmerkung: N= 1569

Quelle: eigene Erhebung

Ein ähnlich gespaltenes Bild ergibt sich für die Windenergie. Die Anhänger:innen der etablierten Parteien sprechen sich für einen großen oder sehr großen Anteil an Windenergie bei der Stromversorgung aus, während sich bei den Anhänger:innen von AfD und BSW nur 28 bzw. 33 Prozent für einen großen oder sehr großen Anteil aussprechen.

Bei der Energiequelle Biomasse ist die Zustimmung zu einem großen oder sehr großen Anteil etwas homogener. Er reicht von 25 Prozent bei den FDP-Anhänger:innen bis zu 40 Prozent bei CDU/CSU- und 42 Prozent bei SPD-Anhänger:innen.

Deutlich sind die Unterschiede zwischen den Parteien bei der Zustimmung zu fossilen Energieträgern und Atomenergie. Hier weichen vor allem die Meinungen derjenigen ab, die der AfD zugeneigt sind. Ein deutlich höherer Teil der AfD-Wähler:innen spricht sich für einen großen oder sehr großen Anteil an Erdgas, Atomenergie und Kohle bei der Stromgewinnung aus, wobei die präferierte Energiequelle dafür die Atomenergie ist (58 Prozent).

Bei der Atomenergie befürworten 32 Prozent der Anhänger:innen von CDU/CSU und jeweils 31 Prozent der FDP- und BSW-Wähler:innen einen großen oder sehr großen Anteil an Atomenergie; bei Grünen, SPD und der Linken sind es nur 16, 19 bzw. 24 Prozent.

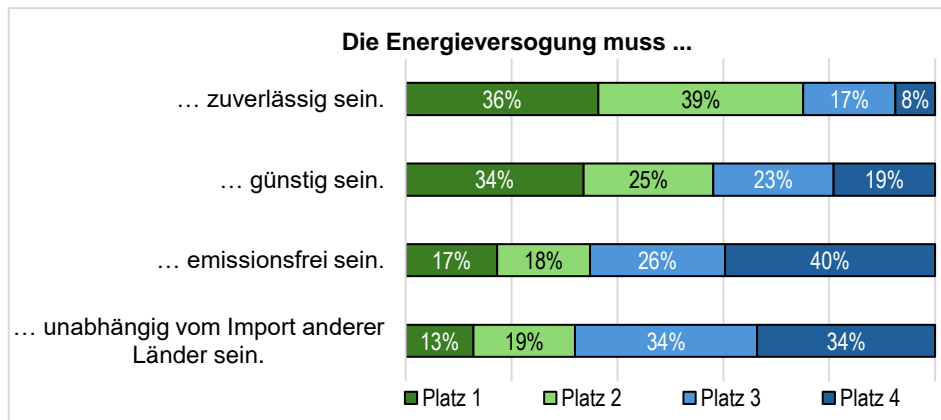
5.2 Kriterien für die Energieversorgung

Wir vermuten, dass sich die Zustimmung zu einer bestimmten Energiequelle auf die Einschätzung ihrer Qualitäten stützt. Wird eine Energiequelle als besonders günstig oder zuverlässig gesehen oder ist den Beschäftigten die Emissionsfreiheit besonders wichtig? Daher haben wir Beschäftigte danach befragt, was ihnen bei der Energieversorgung am wichtigsten ist: Emissionsfreiheit, Zuverlässigkeit, Unabhängigkeit vom Import aus anderen Ländern oder der Preis. Die Befragten mussten sich für eine Platzierung von 1 bis 4 entscheiden.

Für 75 Prozent der Befragten ist die Zuverlässigkeit der Energieversorgung das wichtigste (36 Prozent) oder zweitwichtigste (39 Prozent) Kriterium (Abbildung 6). 59 Prozent geben an, dass Energie vor allem günstig sein sollte, für 34 Prozent ist dies sogar der wichtigste Aspekt. Nur ein halb so großer Anteil (17 Prozent) vergibt den ersten Platz an eine emissionsfreie Energieversorgung; für 18 Prozent steht sie an zweiter Stelle. Eine von Importen unabhängige Energieversorgung spielt im Vergleich mit den anderen Aspekten für die wenigsten die entscheidende Rolle, steht aber immer noch für 32 Prozent auf Platz 1 oder 2.

Hier zeigen sich interessante, wenn auch nicht überraschende Unterschiede zwischen den Befürworter:innen der verschiedenen Parteien. Bei 46 Prozent der Anhänger:innen der Grünen steht eine emissionsfreie Energieversorgung auf Platz 1, bei weiteren 30 Prozent auf Platz 2. Für 35 Prozent ist Zuverlässigkeit das wichtigste, für 32 Prozent das zweitwichtigste Kriterium. Eine günstige Energieversorgung betrachten nur 9 Prozent der Befürworter:innen der Grünen als wichtigsten Aspekt; bei der Unabhängigkeit der Energieversorgung sind es ebenfalls 9 Prozent.

Abbildung 6: Kriterien für die Energieversorgung



Anmerkung: $N = 1944$

Quelle: eigene Erhebung

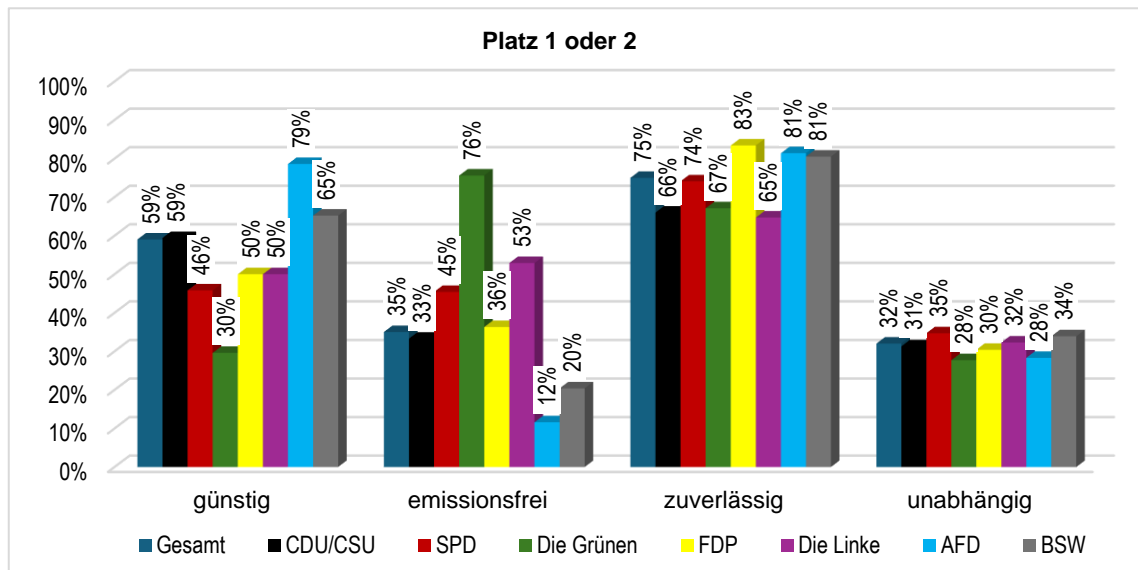
Im Gegensatz dazu bewerten 52 Prozent der AfD-Anhänger:innen den Preis als wichtigstes, weitere 27 Prozent als zweitwichtigstes Kriterium. 69 Prozent geben einer emissionsfreien Energieversorgung den vierten und damit letzten Platz. Auf dem zweiten Platz steht auch bei den AfD-Anhänger:innen die Zuverlässigkeit der Energieversorgung.

Eine zuverlässige Energieversorgung wählen 57 Prozent der FDP-Anhänger:innen auf den ersten Platz; bei der Union sind es 40, bei der SPD 38, bei der Linken 28 und beim BSW 41 Prozent.

Bei den Befürworter:innen der Linken sind die Präferenzen weniger stark ausgeprägt. 28 Prozent sehen den Preis, ebenfalls 28 Prozent die Zuverlässigkeit und 25 Prozent die Emissionsfreiheit als wichtigstes Kriterium, während 13 Prozent die Unabhängigkeit von Importen auf Platz 1 wählen.

Abbildung 7 zeigt den Anteil derjenigen, die ein Kriterium auf Platz 1 oder 2 gesetzt haben, nach Parteien differenziert. Der AfD- und BSW-Effekt bei der Bewertung des Preises bleibt bestehen, wenn wir für Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen, Branchen und Bundesland in logistischen Regressionen kontrollieren. Darüber hinaus ist die Beziehung zwischen Einkommen und der Wichtigkeit einer günstigen Stromversorgung positiv ($\beta = 1,17$; $p < 0,001$).

Abbildung 7: Kriterien für die Energieversorgung nach Parteipräferenz



Anmerkung: N= 1569

Quelle: eigene Erhebung

Beschäftigte mit einem höheren Einkommen neigen also eher dazu, den Preis als wichtiger zu bewerten. Interessanterweise ist der Fokus auf ökonomische Aspekte der Transformation somit nicht notwendigerweise mit der ökonomischen Situation der Befragten verbunden. Diese Ergebnisse zeigen, dass ökonomische Aspekte für viele Menschen eine wichtige Rolle bei der Energiewende spielen und dass Nachhaltigkeit nicht ohne eine Diskussion ihres Preises zu haben ist. Vielmehr muss ein erheblicher Anteil der Bevölkerung davon überzeugt werden, dass sich nachhaltiger und günstiger Strom nicht ausschließen.

6. Erneuerbare Energien

6.1 Erneuerbare Energien allgemein

Die Rolle der erneuerbaren Energien für die Energiewende dürfte unumstritten sein, auch wenn nicht alle Beschäftigten die Energiewende für notwendig halten. Mit acht Aussagen wollen wir die Unterstützung des Ausbaus erneuerbarer Energie sowie die Wahrnehmung verschiedener Aspekte des Ausbaus (z. B. Versorgungssicherheit, Energiepreise, Importabhängigkeit, Arbeitsplatzentwicklung oder Mitbestimmung), näher beleuchten.

Übereinstimmend mit den Antworten aus Abbildung 1 unterstützen 62 Prozent der befragten Beschäftigten die Ausbauziele (Abbildung 8, oberster Balken); jedoch halten nur 31 Prozent diese Ziele auch für realistisch (zweiter Balken von oben).

62 Prozent sehen im Ausbau erneuerbarer Energien die Chance, unabhängiger von Energieimporten zu werden. Zugleich glauben allerdings 32 Prozent nicht, dass die Versorgungssicherheit weiterhin gegeben sein wird, während weitere 32 Prozent hier noch unschlüssig sind.

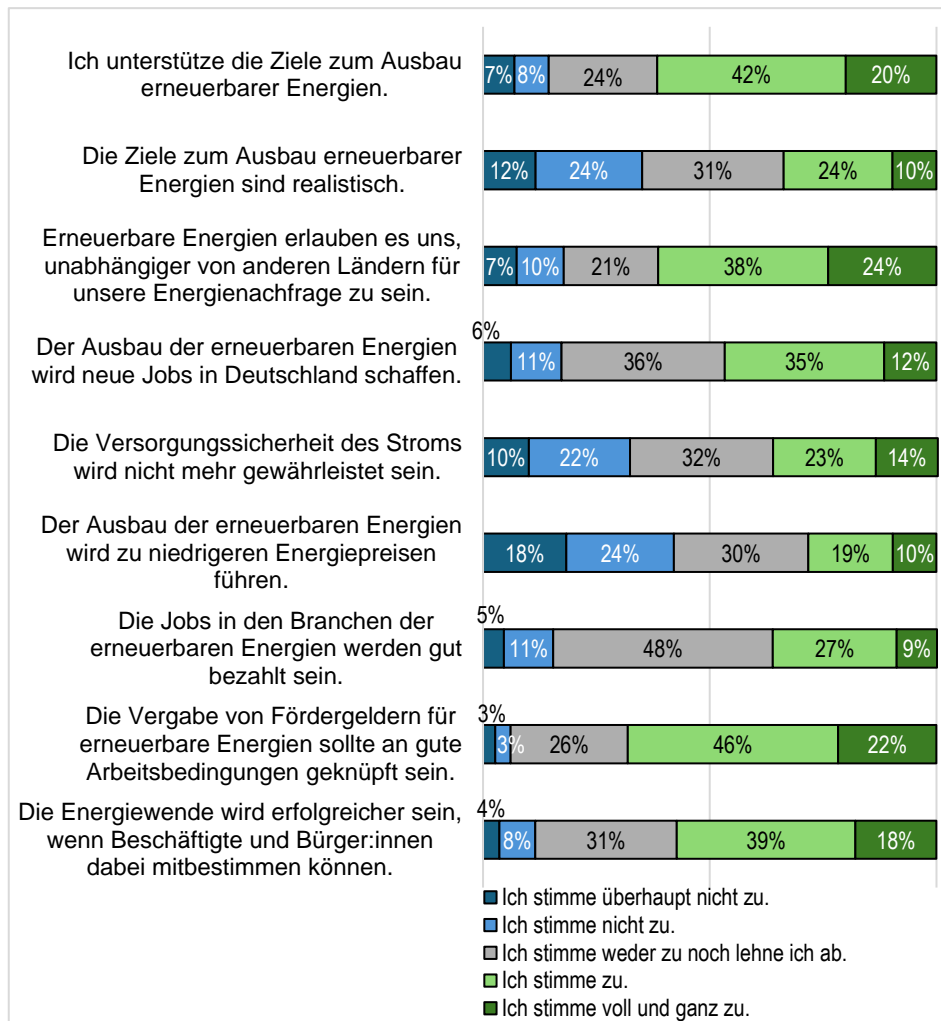
57 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass die Energiewende erfolgreicher sein würde, wenn Bürger:innen und Beschäftigte mitbestimmen könnten, während nur 12 Prozent dem nicht zustimmen. Die befragten Beschäftigten sprechen sich also für mehr Demokratie bei der Umsetzung der Energiewende aus.

Viel Zuspruch gibt es für den vom DGB und seinen Mitgliedergewerkschaften auf der politischen Bühne platzierten Vorschlag, staatliche Fördergelder an gute Arbeitsbedingungen zu knüpfen. 68 Prozent stimmen dem zu, 26 Prozent sind unentschlossen und nur 6 Prozent dagegen. Dieser Vorschlag, der ökologische und soziale Aspekte der Energiewende vereint, erfährt den höchsten Zuspruch bei Beschäftigten.

Auf der anderen Seite geht weniger als die Hälfte der Befragten davon aus, dass die Energiewende neue Jobs schaffen wird (47 Prozent), dass diese gut bezahlt sein werden (36 Prozent) oder dass die Energiepreise sinken werden (29 Prozent). Es herrscht also Skepsis hinsichtlich der sozioökonomischen Folgen der Energiewende, sowohl mit Blick auf den privaten Haushalt (Energiepreise) als auch auf den Arbeitsplatz (Jobangebote und Bezahlung).

Wichtig ist auch hier zu betonen, dass 48 Prozent noch unentschlossen bei der Frage sind, ob die Jobs in den Branchen der erneuerbaren Energien gut bezahlt sein werden, und 36 Prozent, ob neue Jobs entstehen werden. Unter den Beschäftigten besteht also vor allem noch eine große Unsicherheit bezüglich der arbeitspolitischen Folgen der Energiewende.

Abbildung 8: Haltung zu erneuerbaren Energien

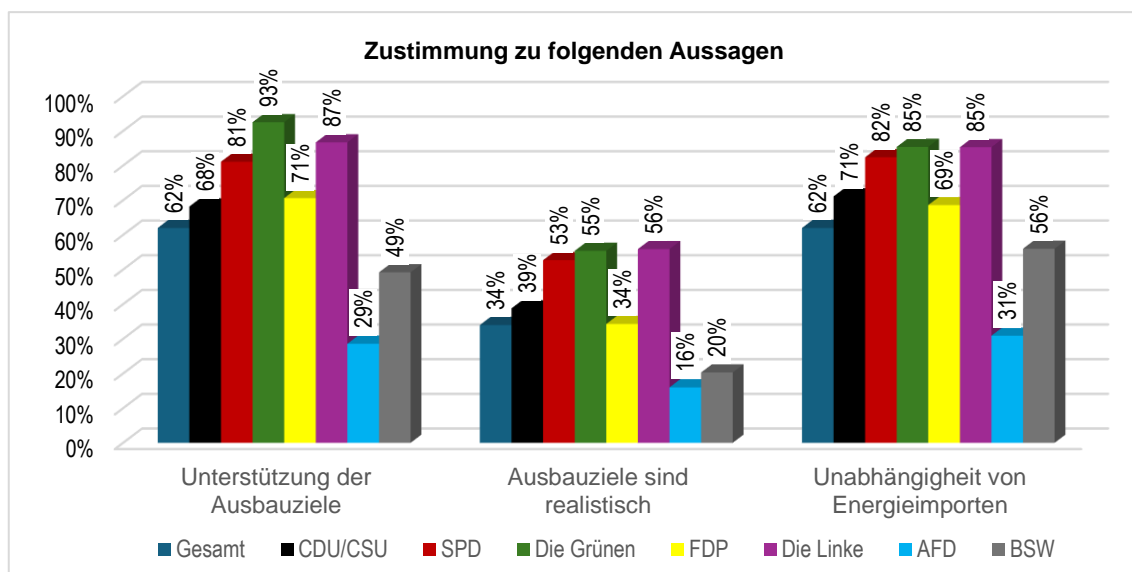


Anmerkung: N= 1944

Quelle: eigene Erhebung

Die Abbildungen 9–11 differenzieren diese Ergebnisse nach Parteipräferenz. Wie in Abbildung 9 links zu sehen ist, spiegelt die Zustimmung zu den Ausbauzielen die allgemeine Zustimmung zur Energiewende in Abbildung 2 wider. Bei den Anhänger:innen von SPD, Grünen und der Linken beträgt die Zustimmung zwischen 80 und 90 Prozent, bei CDU/CSU und FDP um die 70 Prozent, bei BSW-Befürworter:innen 49 Prozent und bei AfD-Anhänger:innen 29 Prozent. Die AfD- bzw. BSW-Effekte bleiben bestehen, wenn wir für Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen, Branchen und Bundesländer kontrollieren.

Abbildung 9: Haltung zu erneuerbaren Energien nach Parteipräferenz I



Anmerkung: N= 1569

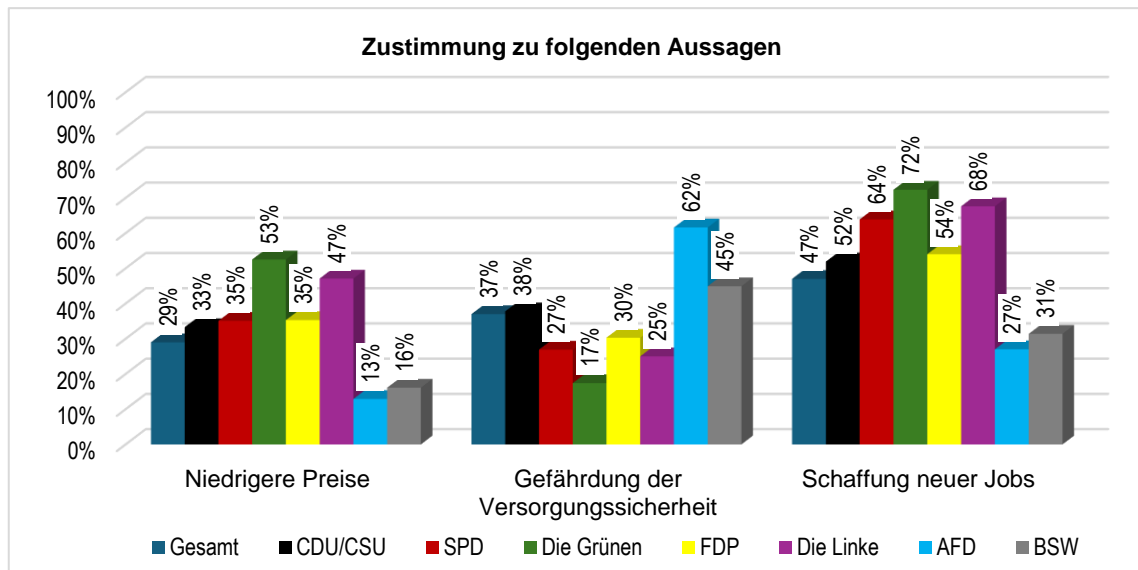
Quelle: eigene Erhebung

Gleiche Relationen, wenn auch bei allgemein deutlich geringerer Zustimmung, finden sich bei den Einschätzungen zur Umsetzung der Ausbauziele. Während eine knappe Mehrheit der SPD-, Grünen- und Linken-Anhänger:innen die Ziele als realistisch betrachtet, sind es bei den Unions-Anhänger:innen 39 Prozent, bei den FDP-Anhänger:innen 34 Prozent und nur 16 bzw. 20 Prozent bei den Anhänger:innen von AfD und BSW.

Unterschiede bei der Zustimmung zur Unabhängigkeit von Importen ähneln denen der Ausbauziele, mit der Ausnahme, dass eine knappe Mehrheit der BSW-Befürworter:innen in diesem Fall zustimmt.

Hinsichtlich möglicher Preissenkungen als Folge des Ausbaus erneuerbarer Energien (Abbildung 10 links) gibt es – bis auf die Anhänger:innen der Grünen mit 51 Prozent – keine Mehrheit; bei den Befragten, die die Linke wählen würden, ist die Zustimmung immerhin noch bei 47 Prozent. Jeweils ein Drittel der SPD-, Union- und FDP-Anhänger:innen hält niedrigere Preise für realistisch; beim BSW ist der Anteil nur halb so hoch und bei der AfD noch geringer. Wie zuvor bei den Kriterien für die Stromversorgung bleiben die Unterschiede zwischen AfD- bzw. BSW-Wähler:innen und den Anhänger:innen anderer Parteien bestehen, wenn wir für verschiedene demografische Aspekte kontrollieren.

Abbildung 10: Haltung zu erneuerbaren Energien nach Parteipräferenz II



Anmerkung: N= 1569

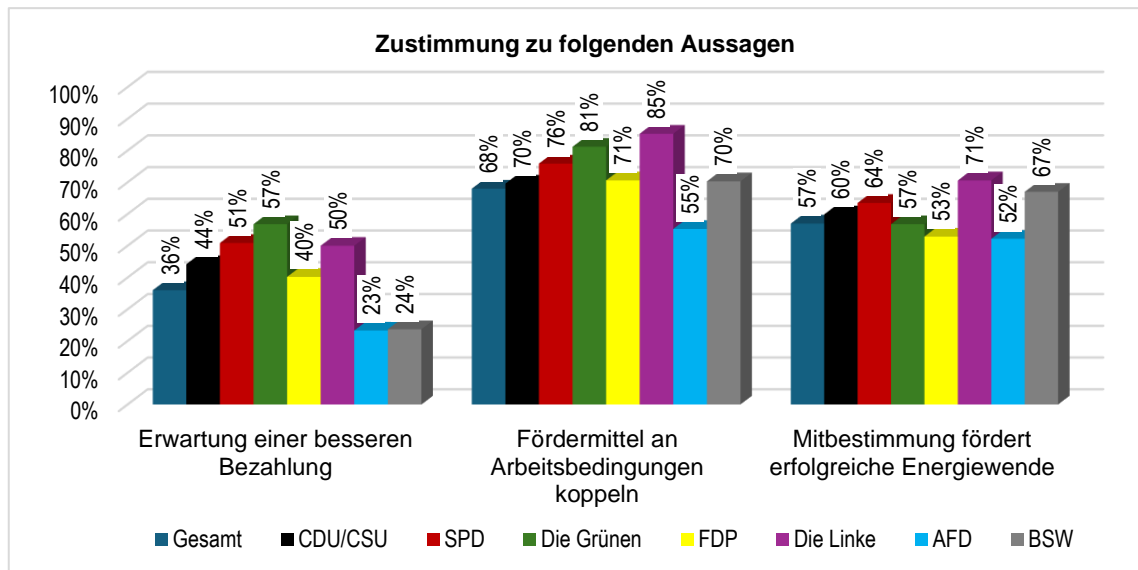
Quelle: eigene Erhebung

60 Prozent der AfD-Anhänger:innen meinen, dass die Versorgungssicherheit in Deutschland gefährdet sein wird. Dies meinen auch 43 Prozent der BSW- und 38 Prozent der Union-Anhänger:innen. Während 30 Prozent der FDP-, 27 Prozent der SPD- und 25 Prozent der Linken-Befürworter:innen an einen Verlust der Versorgungssicherheit glauben, sind es bei den Anhänger:innen der Grünen nur 16 Prozent.

Zwischen 60 und 70 Prozent der Anhänger:innen traditionell links ausgerichteter Parteien (SPD, Grüne, Die Linke) geben an, dass neue Jobs durch den Ausbau erneuerbarer Energien entstehen werden (Abbildung 10 rechts); bei den Mitte-rechts-Parteien (Union, FDP) ist es die Hälfte. Bei der AfD und dem BSW sehen nur 25 bzw. 30 Prozent der Befürworter:innen den Ausbau erneuerbarer Energien als Jobmotor. Sie bezweifeln auch, dass die entstehende Jobs mit einer besseren Bezahlung einhergehen werden (Abbildung 11 links).

Nur 57 Prozent der Grünen-, 51 Prozent der SPD- und 50 Prozent der Linken-Anhänger:innen gehen von besseren Löhnen in den Branchen aus; bei Anhänger:innen von FDP und Union sind es jeweils rund 40 Prozent.

Abbildung 11: Haltung zu erneuerbaren Energien nach Parteipräferenz III



Anmerkung: N= 1569

Quelle: eigene Erhebung

Für die Antworten zu den ökonomischen Aspekten – Preis, Jobs und Bezahlung – nutzen wir ebenfalls Regressionsmodelle, in denen wir für die vorher beschriebenen demografischen Aspekte kontrollierten. Auch hier bleibt der AfD-Effekt weiterhin signifikant bestehen. Auch der BSW-Effekt bleibt bei allen drei Fragen und im Vergleich zu allen Parteien bestehen – mit Ausnahme des Themas Bezahlung, wo es keinen signifikanten Unterschied zu FDP-Wähler:innen gibt.

Das bedeutet: Auch wenn sich AfD- und BSW-Wähler:innen eher Sorgen um die ökonomischen Aspekte machen, ist ihr sozioökonomischer Hintergrund dafür nicht ausschlaggebend, denn jemand mit dem gleichen Hintergrund, der eine der etablierten Parteien wählt, zeigt durchschnittlich signifikant höhere Zustimmung.

Zur Kopplung staatlicher Fördermittel an gute Arbeitsbedingungen gibt es unter den Anhänger:innen aller Parteien mehrheitlich Zustimmung (Abbildung 11 Mitte). Mit Ausnahme der Befürworter:innen der AfD (55 Prozent) sprechen sich jeweils mindestens 70 Prozent der Befragten für solch eine Maßnahme aus.

Auch bei der Mitbestimmung durch Bürger:innen und Beschäftigte zeigt sich eine Mehrheit der Befragten durch alle Parteipräferenzen hinweg. Interessanterweise sind es neben den Anhänger:innen der Linken (71 Prozent) jene des BSW, die mit 67 Prozent der Aussage zustimmen,

dass Mitbestimmung die Energiewende erfolgreicher machen wird, knapp gefolgt von SPD (64 Prozent), Union (60 Prozent), Grünen (57 Prozent), FDP (54 Prozent) und AfD (52 Prozent).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass – bis auf die Anhänger:innen der Grünen – eine Mehrheit der Beschäftigten von Preisanstiegen ausgeht und nicht daran glaubt, dass die Löhne in der Erneuerbare-Energien-Branche höher sein werden. Gleichzeitig gibt es durchweg Unterstützung für eine Kopplung von Fördermitteln an gute Arbeitsbedingungen und mehr Mitbestimmung. Diese Ergebnisse deuten auf die ökonomischen Ängste, das Problem des niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrades und die geringe Tarifbindung in den neuen Branchen hin.

Der Staat sollte sich gezielt für gute Arbeit in den neuen Branchen einsetzen. Dies würde nicht nur die Qualität der Arbeitsplätze in den jeweiligen Branchen verbessern, sondern könnte auch die Akzeptanz für energiepolitische Maßnahmen erhöhen, gerade bei denjenigen, die der Energiewende mit Ängsten gegenüberstehen und daher reichweitende Maßnahmen oft ablehnen.

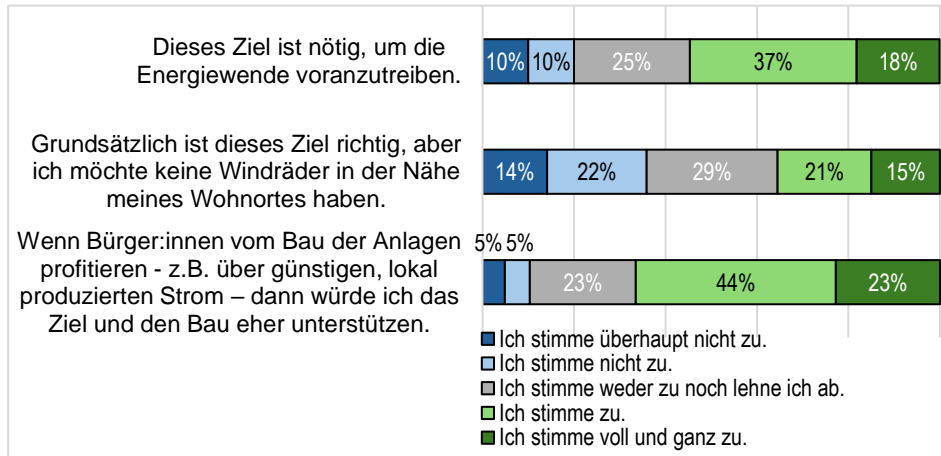
6.2 Windenergie

Windenergie und der Ausbau von Windturbinen an Land sind ein viel und emotional diskutiertes Thema. Häufig wird Windturbinen trotz anderen, viel wesentlicheren Faktoren eine entscheidende Rolle beim Vogelsterben zugeschrieben (Laufmann 2023). Teilweise werden Windräder in der ländlichen Umgebung wie brachiale, alles überschattende metallische Riesen dargestellt, die die „idyllische“ Ästhetik zerstören (Banita 2023). Aufgrund dieser öffentlich wahrgenommenen Sonderstellung unter den erneuerbaren Energien haben wir uns näher mit der Windenergie an Land beschäftigt.

55 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass das Zwei-Prozent-Ziel des Flächenausbaus für Windenergie an Land nötig ist, um die Energiewende voranzubringen (Abbildung 12). Gleichwohl stimmen 20 Prozent dem nicht zu. Somit gibt es für Windenergie an Land etwas weniger Zuspruch als für den Ausbau erneuerbarer Energien im Allgemeinen.

36 Prozent der Befragten stehen den Zielen grundsätzlich positiv gegenüber, wollen aber keine Windräder in ihrer Nähe. Um zu schauen, ob Windräder im Wohnort ein Kriterium für fehlende Zustimmung sind, haben wir uns die Gruppe der Befragten, die der ersten Aussage nicht zugestimmt hat, nochmals separat angeschaut.

Abbildung 12: Haltung zu Windenergie an Land (Zwei-Prozent-Ziel beim Flächenausbau)



Anmerkung: N= 1944

Quelle: eigene Erhebung

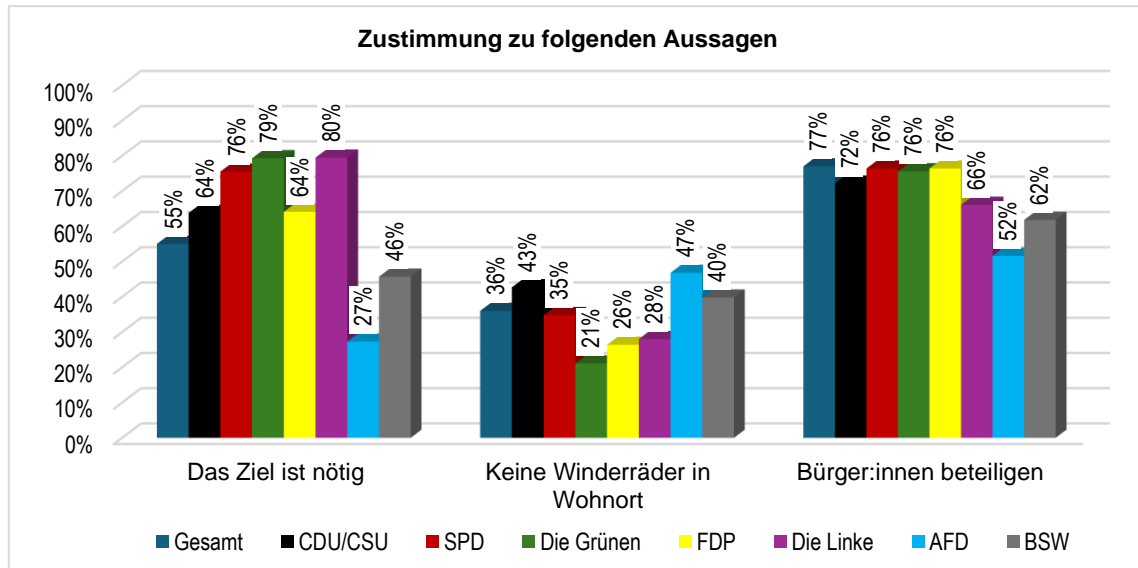
Von den 20 Prozent, die angeben, dem Zwei-Prozent-Ziel nicht zuzustimmen, geben immerhin 46 Prozent an, dass sie das Ziel für sinnvoll halten, aber keine Windräder in der Nähe haben wollen. Somit spielt die durch die Windräder eingeschränkte Ästhetik bei einem gewissen Anteil, aber nicht bei der Mehrheit der Befragten, die den Windkraftausbau kritisch sehen, eine Rolle für ihre fehlenden Unterstützung.

Auch eine finanzielle Beteiligung von Bürger:innen z. B. durch günstigeren lokal produzierten Strom – eine Maßnahme, die 67 Prozent der Befragten befürworten – überzeugt immerhin ein Drittel derjenigen, die dem Zwei-Prozent-Ziel eigentlich nicht zustimmen. Von den Gruppen, die dem Ziel weder zustimmen noch es ablehnen (25 Prozent), geben 49 Prozent an, dass eine Beteiligung der Bürger:innen vor Ort eher zu einer Unterstützung des Ziels führen würde.

Diese Ergebnisse legen nahe, dass auch für viele derjenigen, die dem Ausbau der Windenergie kritisch gegenüberstehen, Windenergie keine kategorische Ablehnung erfährt, sondern durch gezielte Maßnahmen der Beteiligung an Standortentscheidung und an den Erträgen zum Positiven gewendet werden kann. Für die Frage nach der Unterstützung für den Ausbau erneuerbarer Energien ist dies ein wichtiges Ergebnis.

Wieder zeigen sich jedoch starke Unterschiede zwischen Anhänger:innen der verschiedenen Parteien. Wie schon bei den allgemeinen Ausbauzielen der erneuerbaren Energien gruppieren sich auch bei der Windenergie an Land die Zustimmung und parteiliche Präferenzen (Abbildung 13).

Abbildung 13: Haltung zu Windenergie an Land nach Parteipräferenz
(Zwei-Prozent-Ziel beim Flächenausbau)



Anmerkung: N= 1569

Quelle: eigene Erhebung

80 Prozent der Anhänger:innen der Linken, 79 Prozent der Grünen und 76 Prozent der SPD signalisieren Zustimmung, während es bei der Union und der FDP jeweils 64 Prozent sind. Bei Befragten, die das BSW wählen würden, stimmen 46 Prozent für das Ausbauziel; bei der AfD ist es lediglich ein Viertel. Diese Unterschiede zwischen den Anhänger:innen der neuen und der etablierten Parteien ist signifikant und bleibt bestehen, wenn wir demografische Aspekte kontrollieren.

Der Anteil unter den AfD-Anhänger:innen, der dem Zwei-Prozent-Ziel zustimmt, erhöht sich jedoch um 20 Prozentpunkte, wenn Windräder nicht am Wohnort aufgestellt werden (46 Prozent) und verdoppelt sich beinahe, wenn Bürger:innen direkt durch günstigen Strom beteiligt werden (52 Prozent). Auch unter den potenziellen Wähler:innen von Union und FDP steigt die Zustimmung unter der Bedingung, dass Bürger:innen direkt von der Windkraft vor Ort profitieren.

Durch einen größeren Schwerpunkt auf die finanzielle Beteiligung der Bürger:innen an der Energiewende und speziell der Windkraft, wie bereits in der 2023er-Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes als Maßnahme verankert, sollte sich eine bessere Akzeptanz für das Zwei-Prozent-Ziel bei Befürworter:innen aller Parteien finden lassen. Dies hebt einmal mehr die Wichtigkeit sozioökonomischer Aspekte hervor.

7. Kohleausstieg

Kohle- und speziell Braunkohlekraftwerke sind die „Klimasünder Nr. 1“ (BUND o. J. a). 2022 haben allein die Braunkohlekraftwerke von RWE im Rheinland 56 Millionen Tonnen CO₂ ausgestoßen (ibid.). Insgesamt stießen deutsche Kohlekraftwerke 2023 ca. 160 Millionen Tonnen CO₂ aus (Pawlik 2024). Das entspricht einem Anteil von 30 Prozent der gesamten territorialen CO₂-Emissionen in Deutschland (Umweltbundesamt 2024b). Zugleich wird über 25 Prozent des in Deutschland erzeugten Stroms weiterhin durch Stein- und Braunkohle erzeugt (AEE o. J.). Dem Kohleausstieg kommt also eine entscheidende und gleichzeitig ambitionierte Rolle für das Einhalten der Klimaziele zu.

2020 wurde der Kohleausstieg bis spätestens 2038 mit dem „Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze“ beschlossen und gesetzlich verankert. Als Reaktion auf die durch Russlands Angriff auf die Ukraine herbeigeführte Energiekrise wurden jedoch regionale Anpassungen im Kohleausstiegsgesetz verabschiedet.

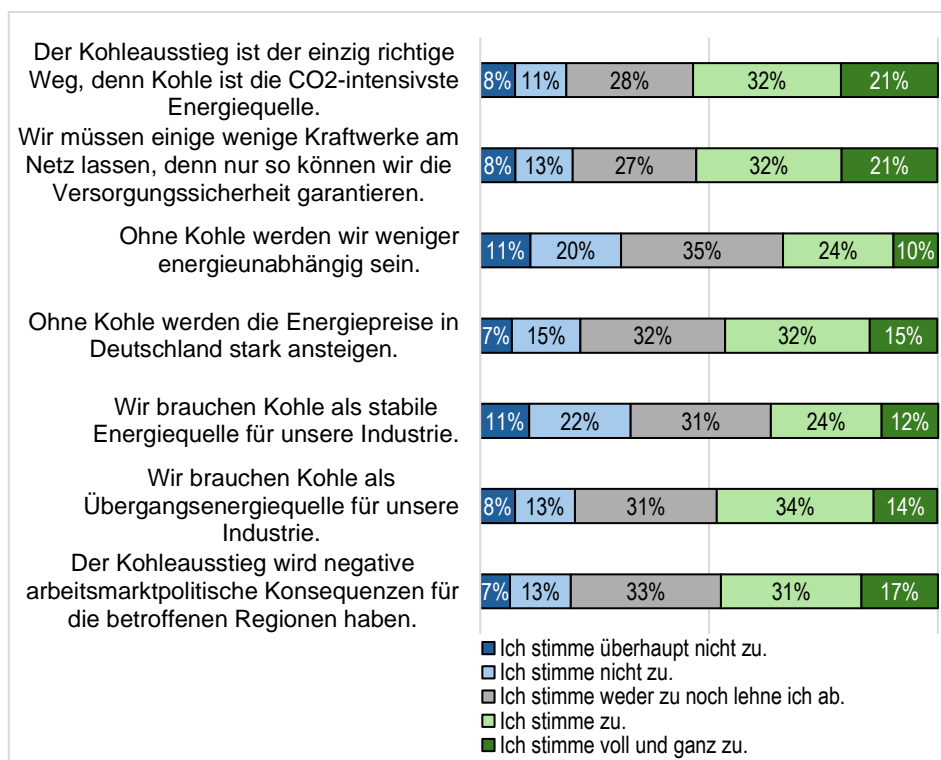
Der 2022 festgelegte Kompromiss im Rheinischen Revier schon 2030 aus Kohleabbau und -verarbeitung auszusteigen, im Gegenzug aber zwei Kraftwerke nicht wie vorher geplant schon 2022 zu schließen, führte zu einer hitzig geführten gesellschaftlichen Debatte. Besonders die Erweiterung des Tagebau Garzweiler und der damit verbundenen Räumung des Dorfs Lützerath (Bundesregierung 2022) entfachte eine Diskussion über die Notwendigkeit der Kohleverstromung als stabile Übergangsquelle für die Versorgungssicherheit (deutschlandfunk.de 2023).

Die Zustimmung zum Kohleausstieg kann möglicherweise Hinweise auf die Gründe für die Zustimmung zur Energiewende insgesamt liefern. Daher schauen wir uns die möglichen Ursachen für die Unterstützung näher an. Ergebnisse sind in Abbildung 14 dargestellt.

53 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass der Kohleausstieg der einzig richtige Weg ist, während 19 Prozent dem nicht zustimmen. Trotz kürzlich erschienener Studien (Bundesnetzagentur 2023; Hauenstein et al. 2022) und Aussagen von Wirtschaftsminister Robert Habeck (zdf.de 2024) und der Bundesnetzagentur (2024; tagesspiegel.de 2023), dass die Energieversorgung gesichert sei, meinen 53 Prozent, dass die Versorgungssicherheit nur durch den Fortbestand einiger weniger Kohlekraftwerke garantiert werden kann.

Über die Frage, ob Kohle wichtig für die Energieunabhängigkeit Deutschlands ist, sind die Beschäftigten gespalten. 34 Prozent stimmen dieser Aussage zu, 31 Prozent stimmen nicht zu und 35 Prozent sind unentschieden.

Abbildung 14: Haltung zum Kohleausstieg



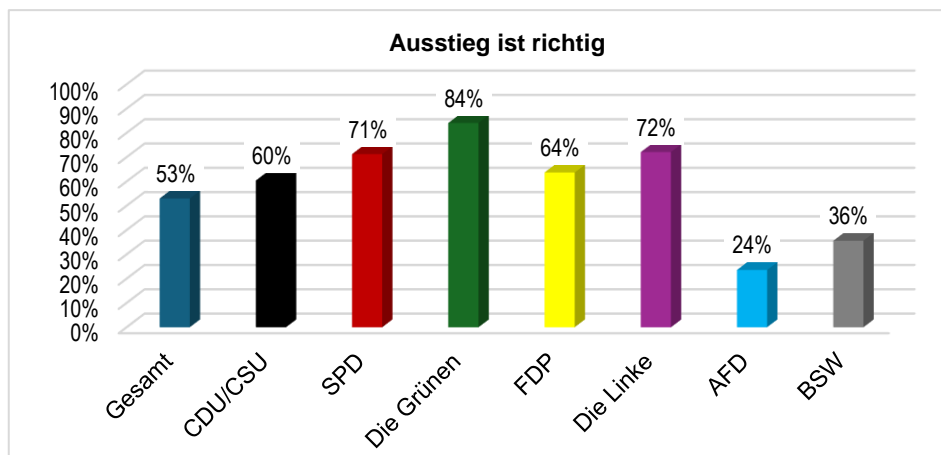
Anmerkung: N= 1944

Quelle: eigene Erhebung

Passend dazu geben 48 Prozent der Befragten an, dass Kohle als Übergangsenergiequelle für die Industrie nötig sein wird, aber nur 36 Prozent, dass Kohle als stabile Energiequelle für die Industrie weiterhin genutzt werden sollte. Knapp die Hälfte der befragten Beschäftigten stimmt den Aussagen zu, dass die Preise ansteigen werden (47 Prozent) und sich der Ausstieg auf dem Arbeitsmarkt in den betroffenen Regionen negativ auswirken wird (48 Prozent).

Hinsichtlich der Zustimmung zum Kohleausstieg nach Parteipräferenz bilden sich drei Gruppen heraus (Abbildung 15). In der ersten Gruppe, den Anhänger:innen von Parteien des Mitte-links-Spektrums, halten bei der SPD 71 Prozent, bei der Linken 72 Prozent und bei den Grünen 84 Prozent den Kohleausstieg für richtig. In der zweiten Gruppe, den Anhänger:innen der sogenannten bürgerlichen Parteien, stimmen bei der CDU/CSU 60 Prozent und bei der FDP 63 Prozent) für den Kohleausstieg. Mit einem Anteil weit unter der Hälfte bilden Befürworter:innen der AfD (24 Prozent) und des BSW (36 Prozent) die letzte Gruppe.

Abbildung 15: Haltung zum Kohleausstieg nach Parteipräferenz I



Anmerkung: N= 1569

Quelle: eigene Erhebung

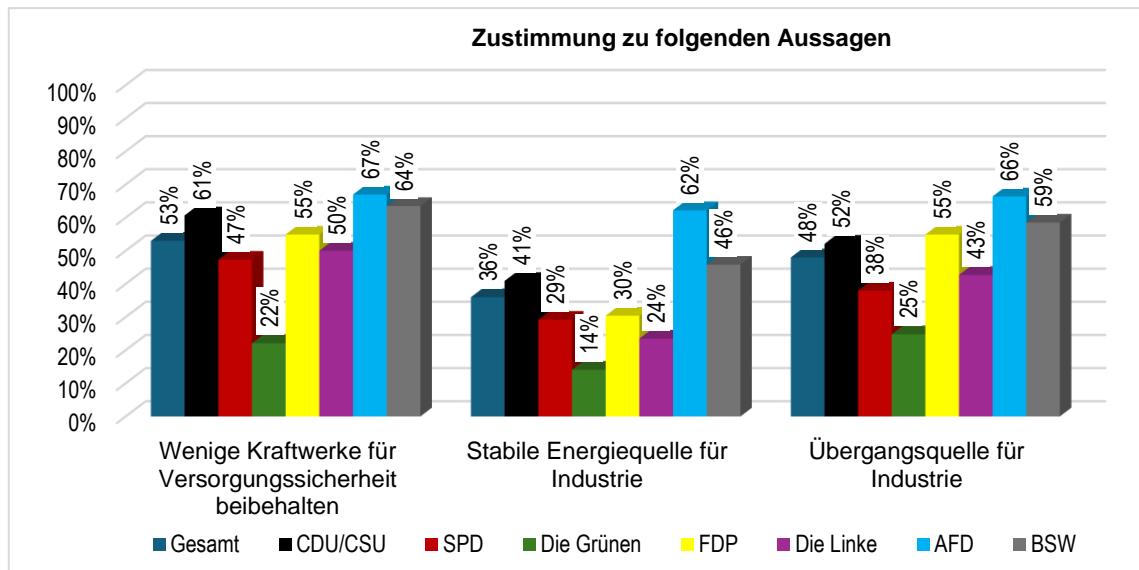
Abbildung 16 zeigt die Zustimmung zu Aussagen zur weiteren Nutzung von Kohle nach Parteipräferenz. Mehrheitliche Zustimmung zum Vorschlag, einige Kraftwerke weiter am Netz zu lassen (Abbildung 16 links), gibt es unter den Anhänger:innen von CDU/CSU (61 Prozent), FDP (55 Prozent), AfD (67 Prozent) und BSW (64 Prozent). Auch die Hälfte der Linken- (50 Prozent) und SPD-Anhänger:innen (47 Prozent) stimmt dem zu. Lediglich bei den Fürsprecher:innen der Grünen stimmt mit 22 Prozent nur eine deutliche Minderheit zu.

Ähnliche Ergebnisse ergeben sich für Kohle als Übergangsenergiequelle (Abbildung 16 rechts). Für Kohle als eine auch weiterhin stabile Energiequelle für die Industrie zeigt sich hingegen nur bei AfD-Anhänger:innen eine Mehrheit, die mit 62 Prozent relativ hoch ist (Abbildung 16 Mitte).

Ein Grund für die hohe Zustimmung der AfD-Anhänger:innen zur Energiegewinnung aus Kohle könnte in der Wahrnehmung der ökonomischen Folgen des Kohleausstiegs liegen (Abbildung 17). Eine Mehrheit der AfD- und BSW-Anhänger:innen geht von starken Preisanstiegen (71 bzw. 57 Prozent) und Arbeitsplatzverlusten (70 bzw. 63 Prozent) aus.

Bei den etablierten Parteien stimmt nur eine Minderheit der Aussage zu, dass Preise stark ansteigen werden. Ebenso geht nur eine Minderheit der Anhänger:innen der etablierten Parteien von Arbeitsplatzverlusten infolge des Kohleausstiegs aus, auch wenn sich hier Unterschiede zwischen den Parteien zeigen: Die bürgerliche Mitte ist skeptischer als die Parteien im linken Spektrum.

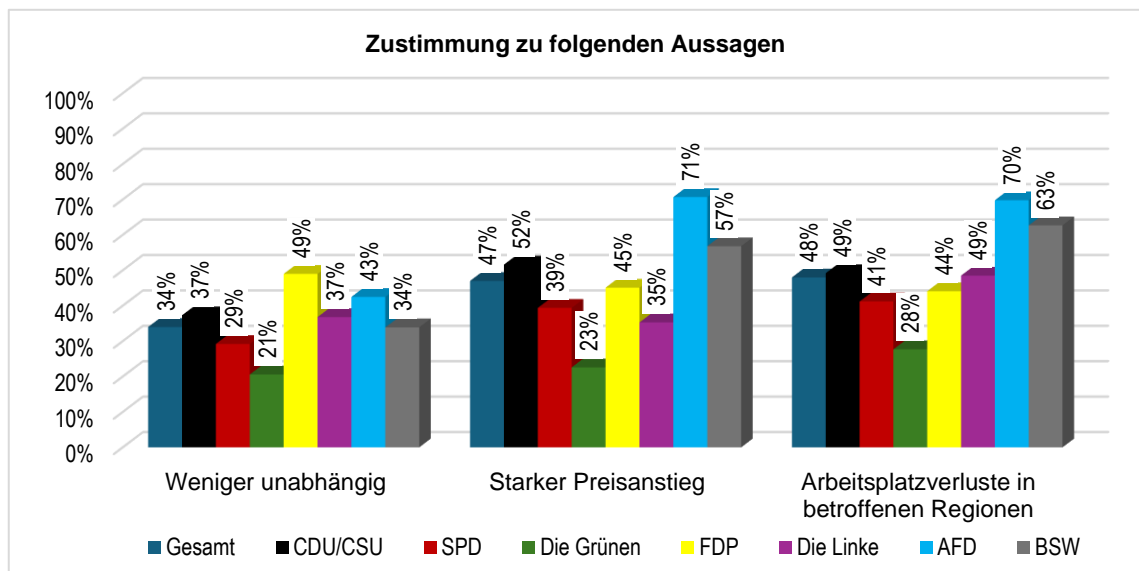
Abbildung 16: Haltung zum Kohleausstieg nach Parteipräferenz II



Anmerkung: N= 1569

Quelle: eigene Erhebung

Abbildung 17: Haltung zum Kohleausstieg nach Parteipräferenz III



Anmerkung: N= 1569

Quelle: eigene Erhebung

Der Unterschied zwischen Anhänger:innen der AfD und der anderen Parteien ist signifikant, auch nachdem wir für soziodemografische Aspekte kontrollieren – für BSW-Anhänger:innen jedoch nicht im Vergleich zu denen der CDU/CSU ($p=0,958$).

Wenn man die Ergebnisse der Befragung zusammenliest, zeichnet sich deutlich ab, dass die ökonomischen Folgen der Energiewende für AfD-Anhänger:innen besonders relevant sind. Für sie ist der Preis der Energieversorgung entscheidend und sie sind gegen den Kohleausstieg aufgrund der erwarteten Preissteigerungen. Gleichzeitig teilen viele Befürworter:innen der etablierten Parteien diese Angst nicht, was zu fehlendem Verständnis für die Haltung und Einstellung der AfD-Wähler:innen führen kann und zusätzliche Probleme in der politischen Kommunikation birgt.

8. Atomausstieg

Kaum ein Thema wird derzeit so hitzig in der deutschen Energiepolitik diskutiert wie der Atomausstieg. Im April 2023 wurden, nach einer kurzen Verlängerung als Folge der Energiekrise, die letzten Atommeiler endgültig abgeschaltet. Seit dem Beschluss des Atomgesetzes vom 30. Juni 2011 und besonders in den letzten zwei bis drei Jahren gibt es immer wieder Stimmen, die die Richtigkeit des Beschlusses infrage stellen.

Bei der SPD, den Grünen und der Linken ist der Atomausstieg beschlossene Sache (spiegel.de 2023a; Die Linke 2022) und wird nicht infrage gestellt. Die beiden neuen Parteien, AfD und BSW, setzen hingegen klar auf Atomkraft als zentralen Baustein der Energiewende (BSW 2024; Deutscher Bundestag 2024a). Bei den bürgerlichen Parteien ist das Bild durchmischerter.

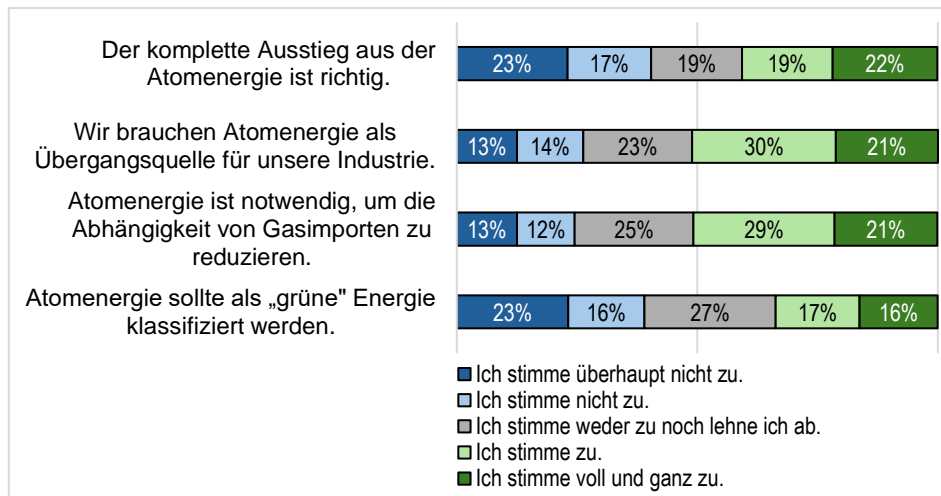
2011 setzten sich die Unionsparteien nach der Fukushima-Katastrophe für einen zügigen Atomausstieg ein (Weiland/Wittrock 2011). 2024 hingegen leitete ihre Bundestagsfraktion einen Untersuchungsausschuss zum Atomausstieg ein (Deutscher Bundestag 2024b) und plädierte öffentlich gegen den Ausstieg (Bilger 2024; Roßbach 2024).

In der FDP hat Christian Lindner 2011 eine Verlängerung der Laufzeiten noch als „politisch nicht vorstellbar und nicht wünschenswert“ bezeichnet (Weiland/Wittrock 2011), wohingegen er heute von einem strategischen Fehler spricht (FDP 2023a). Die Parteimehrheit der FDP wiederum unterstützt den Ausstieg (Hulverscheidt 2024), und hat sich auf dem Parteitag mehrheitlich gegen einen Wiedereinstieg in die Atomkraft gewendet (tagesschau.de 2024).

Auch in unserer Stichprobe sind die Meinungen zum Atomausstieg geteilt (Abbildung 18). 41 Prozent sind für und 40 Prozent gegen den Atomausstieg; 19 Prozent sind unentschlossen. Ein größerer Anteil der Befragten sieht die Atomenergie als Übergangsquelle für die Industrie (51 Prozent) und als Möglichkeit, Gasimporte zu reduzieren (50 Prozent). 33 Prozent finden, dass Atomenergie als „grüne“ Energiequelle klassifiziert werden sollte.

Wie aufgrund der hitzigen politischen und medialen Debatten zu erwarten, zeigen sich beträchtliche Unterschiede zwischen den Anhänger:innen der verschiedenen Parteien (Abbildung 19). Eine große Mehrheit für den Atomausstieg findet man unter Anhänger:innen der Grünen (77 Prozent), der Linken (68 Prozent) und der SPD (62 Prozent). Bei den Anhänger:innen der FDP (46 Prozent) und der Union (39 Prozent) gibt es keine Mehrheit für den Ausstieg.

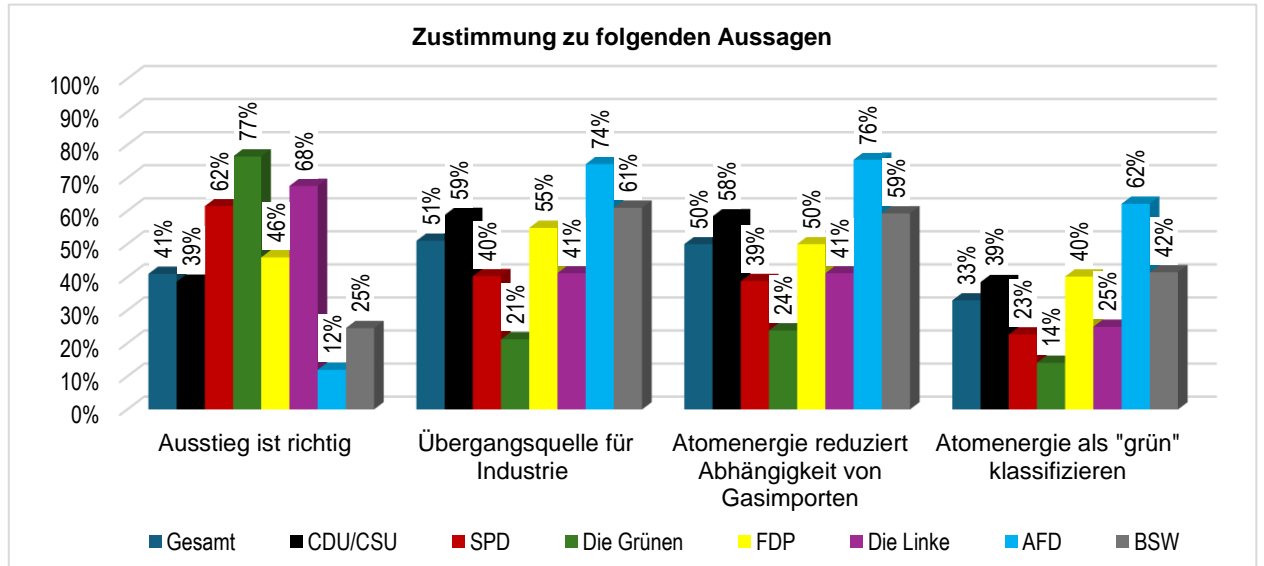
Abbildung 18: Haltung zum Atomausstieg



Anmerkung: N= 1943

Quelle: eigene Erhebung

Abbildung 19: Haltung zum Atomausstieg nach Parteipräferenz



Anmerkung: N= 1569

Quelle: eigene Erhebung

Nur 24 Prozent der BSW- und 12 Prozent der AfD-Befürworter:innen sind für den Atomausstieg. So verwundert es auch nicht, dass sich die Mehrheit der Anhänger:innen dieser beiden Parteien für Atomenergie ausspricht, und zwar als Übergangsquelle (AfD: 74 Prozent; BSW: 61 Prozent) und als Energiequelle, um Importe zu reduzieren (AfD: 76 Prozent; BSW: 59 Prozent).

Bei den etablierten Parteien bilden sich drei Gruppen heraus. Eine Mehrheit der FDP- und Union-Anhänger:innen ist für Atomenergie als Übergangsquelle und als Option, um Gasimporte zu verringern. Bei der SPD und der Linken sind es jeweils um die 40 Prozent, bei den Grünen zwischen 20 und 25 Prozent.

9. Wasserstoff

Wasserstoff ist für viele energieintensive Industrien in Deutschland das A und O der Dekarbonisierung (BMWK 2023). Als Ersatz für fossiles Erdgas sind große Mengen an emissionsfrei produziertem Wasserstoff unabdingbar für Firmen in den Grundstoffindustrien, aber auch für die Transportbranche, u. a. Schiff-, Schienen und Flugverkehr (Umweltbundesamt 2024c). Aufgrund des hohen Energieverlusts bei seiner Herstellung ist Wasserstoff nicht unumstritten (ibid.). Darüber hinaus gehen Expert:innen-Meinungen hinsichtlich der Art der Wasserstofferzeugung – grün, blau, grau, orange, türkis, rot, gelb und weiß – auseinander (Bundesregierung 2023; Irmisch 2023; Uniper 2021).

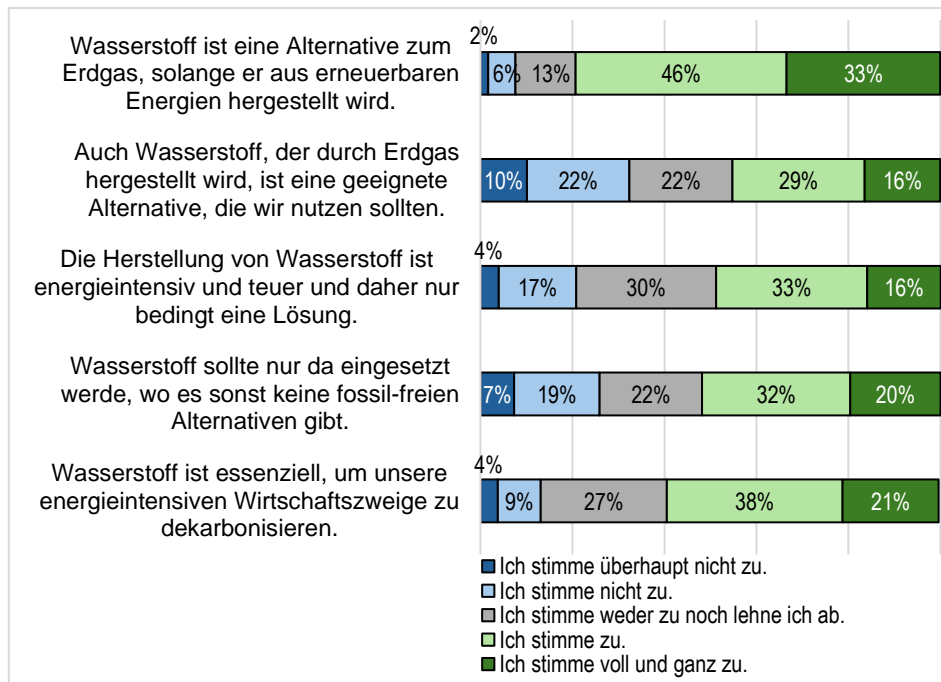
Auch parteipolitische Linien unterscheiden sich hauptsächlich bezüglich der Art der Wasserstofferzeugung. Während die Koalitionsparteien nur im Hochlauf auf blauen, aus Erdgas gewonnenem, Wasserstoff setzen (Bundesregierung 2023), präferiert die Union auch dauerhaft die Nutzung von Erdgas im Zusammenspiel mit CCS (CDU/CSU 2023b).

Die AfD plädiert vor allem für Wasserstoff aus Atomenergie (rot) und gegen grünen, aus erneuerbaren Energien gewonnenen Wasserstoff (AfD 2023; Deutscher Bundestag 2020). Konträr dazu sieht die Linke nur in grünem Wasserstoff einen Beitrag zum Kampf gegen den Klimawandel (Gösta Beutin 2023).

Trotz der zentralen Bedeutung von Wasserstoff für die Transformation, wird diesem Energiethema vergleichsweise wenig mediale Bedeutung geschenkt. Deshalb waren wir in erster Linie daran interessiert zu erfahren, welcher Anteil an Beschäftigten in Deutschland meint, Aussagen zum Thema Wasserstoff bewerten zu können. Nur 31 Prozent der Teilnehmer:innen geben an, sich genügend mit dem Thema Wasserstoff auszukennen, um qualifiziert zu antworten. Diese 31 Prozent wurden dann gefragt, wie sehr sie mit den in Abbildung 20 genannten Aussagen zum Thema Wasserstoff übereinstimmen.

Eine überwiegende Mehrheit von 79 Prozent spricht sich für die Nutzung von Wasserstoff aus, solange dieser aus erneuerbaren Energien hergestellt wird. Für Wasserstoff aus Erdgas gibt es jedoch keine Mehrheit; lediglich 45 Prozent stimmen dem zu. Auch wenn 59 Prozent der Aussage zustimmen, dass Wasserstoff essenziell für die Dekarbonisierung energieintensiver Wirtschaftszweige ist, sehen 49 Prozent der Befragten Wasserstoff aufgrund des hohen Energieverbrauchs und der Kosten nur bedingt als Lösung.

Abbildung 20: Haltung zu Wasserstoff



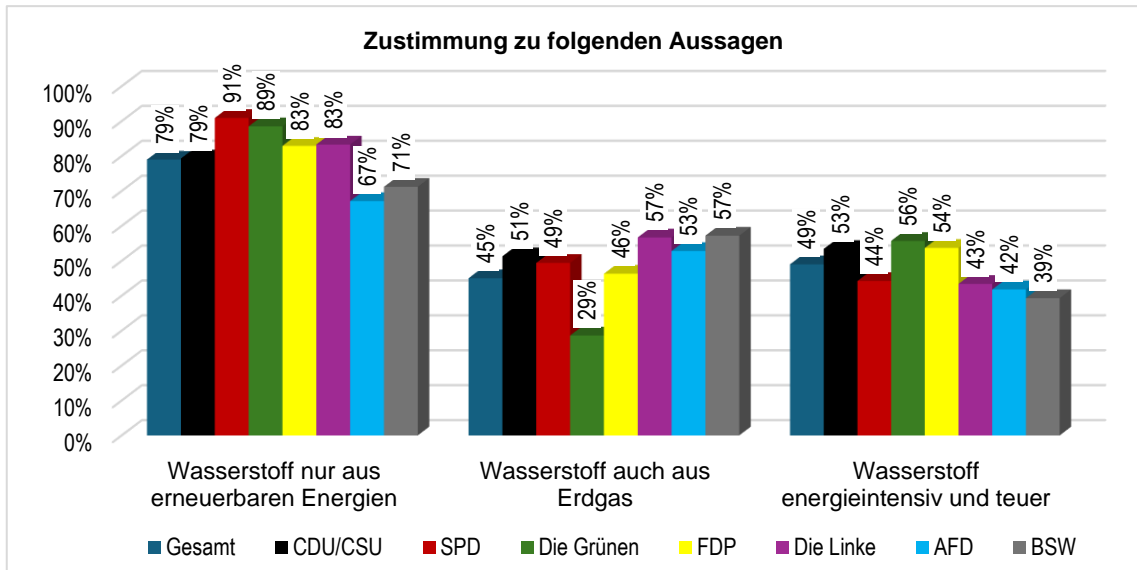
Anmerkung: N = 1944

Quelle: eigene Erhebung

Bei Befürworter:innen aller Parteien gibt es eine deutliche Mehrheit für die Nutzung von Wasserstoff, der aus erneuerbaren Energien hergestellt wird (Abbildung 21 links), die von 66 Prozent (AfD) bis 90 Prozent (SPD) reicht. Mehr Zurückhaltung zeigt sich jedoch bei Wasserstoff, der aus Gas hergestellt wird. Hier gibt es eine knappe Mehrheit bei Anhänger:innen von CDU/CSU (51 Prozent), der Linken (57 Prozent), AfD (53 Prozent) und BSW (57 Prozent). Während sich 46 Prozent der FDP- und 49 Prozent der SPD-Anhänger:innen dafür aussprechen, sind es bei den Befürworter:innen der Grünen nur 29 Prozent (Abbildung 21 Mitte).

Jeweils die Mehrheit der Anhänger:innen von CDU/CSU (53 Prozent), den Grünen (56 Prozent) und der FDP (54 Prozent) stimmen der Aussage zu, dass Wasserstoff nur bedingt eine Lösung ist, da die Herstellung energieintensiv und teuer ist. Bei den Befürworter:innen der anderen Parteien liegt die Zustimmung bei rund 40 Prozent (Abbildung 21 rechts). Ähnliche Ergebnisse gibt es bei der Aussage, dass Wasserstoff nur da eingesetzt werden sollte, wo es keine fossilfreien Alternativen gibt (Abbildung 22 links).

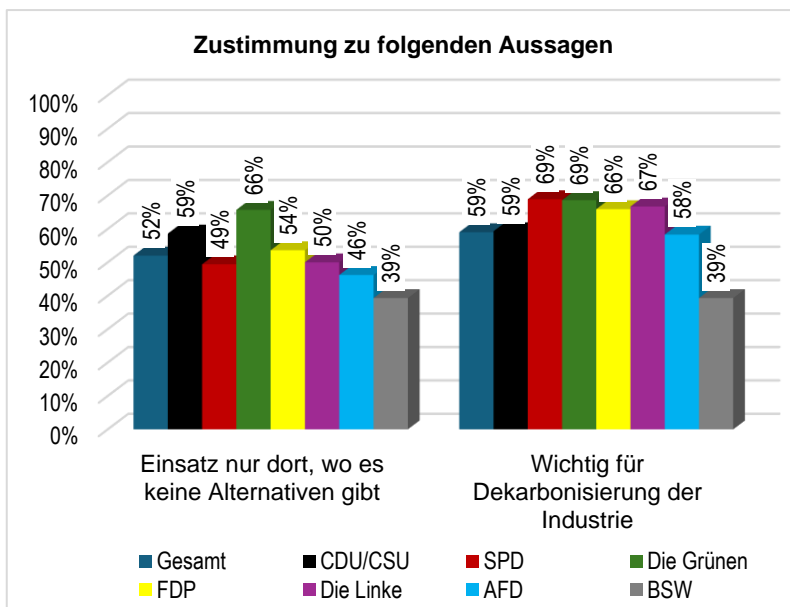
Abbildung 21: Haltung zu Wasserstoff nach Parteipräferenz I



Anmerkung: N = 1569

Quelle: eigene Erhebung

Abbildung 22: Haltung zu Wasserstoff nach Parteipräferenz II



Anmerkung: N = 1569

Quelle: eigene Erhebung

Schließlich sind die Anhänger:innen aller Parteien bis auf das BSW (39 Prozent) mehrheitlich der Auffassung, dass Wasserstoff wichtig ist, um energieintensive Industriezweige zu dekarbonisieren (Abbildung 22 rechts), aber bei keiner Partei übersteigt diese Mehrheit zwei Drittel. Somit stehen große Teile der befragten Beschäftigten Wasserstoff weiterhin kritisch gegenüber.

10. Carbon Capture and Storage

Um schwer oder nicht vermeidbare Emissionen zu kompensieren, hat sich das „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC 2023) für den begrenzten Einsatz von Carbon Capture and Storage (CCS) für den Klimaschutz ausgesprochen. CCS beschreibt eine Kette von Technologien, die es erlaubt CO₂-Emissionen, die in Produktionsprozessen entstehen, abzuscheiden, in einem mit Hochdruck erzeugten Zustand flüssig in Pipelines oder auf Schiffen zu transportieren und letztlich unterirdisch zu speichern (Lefstad et al. 2024).

Am 29. Mai 2024 beschloss das Bundeskabinett hierzu die Carbon-Management-Strategie sowie einen Gesetzentwurf zur Novelle des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes. Die Novelle erlaubt Deutschland künftig die CO₂-Speicherung im Meeresgebiet der Ostsee, jedoch nicht in Meeresschutzgebieten (BMWK 2024a und 2024b).

Hiervon betroffen sind vor allem Emissionen der Zement- und Kalkproduktion sowie der Abfallverbrennung. Während CCS für den Einsatz in den verbliebenen Kohlekraftwerken ausgeschlossen ist, bleibt die Nutzung für Verstromungsanlagen mit Biomasse und Erdgas bzw. Wasserstoff „im Sinne eines technologieoffenen Übergangs zu einem klimaneutralen Stromsystem rechtlich möglich“ (BMWK 2024b).

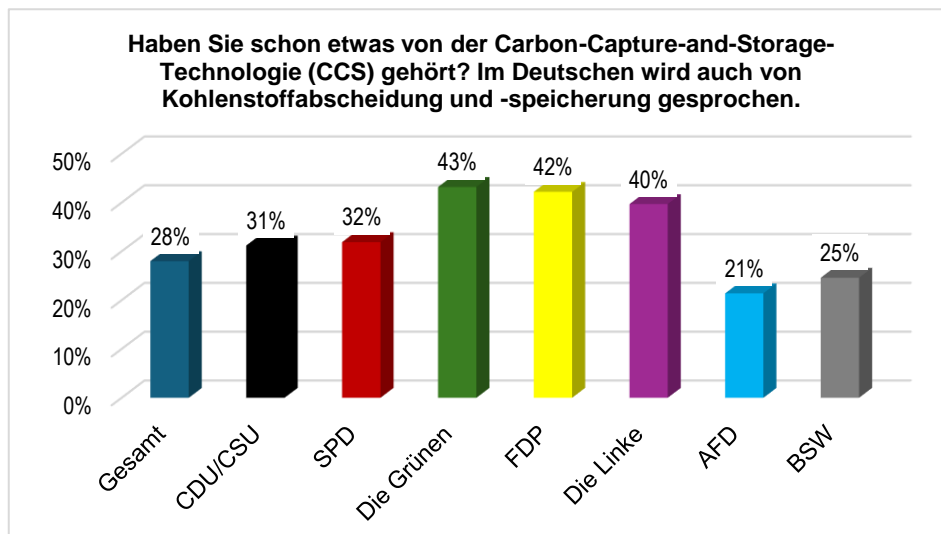
Neben dem Einsatz vom CCS für vermeidbare Emissionen, der Entwicklungen im Klimaschutz weiter verlangsamen könnte, bemängeln Umweltverbände (BUND o. J. b) und Forscher:innen die andauernden Unsicherheiten und Risiken der CO₂-Lagerung (Lane/(Greig/Garnett 2021) sowie die enormen Energiemengen, die für die Abscheidung und den Transport nötig sind (Sovacool et al. 2024).

Union und FDP sprechen sich grundsätzlich für den Einsatz von CCS und die Speicherung im Meer aus (CDU/CSU 2023a; FDP 2023b), während die AfD die Technologie als „teuer, energieintensiv und ineffizient“ titulierte (Deutscher Bundestag 2023c). Die Linke sieht in CCS keine Lösung für die Klimakatastrophe und lehnt den Einsatz auf Bundes- und Europaebene ab (Die Linke 2021; Die Linke im Europaparlament 2024). Das BSW hat keine offizielle Position hierzu.

Bei den Grünen gibt es erst seit Ende 2023 einen Kurswechsel, der den Weg für die Novelle durch die Koalition frei machte (tagesschau.de 2023). Die SPD-Bundestagsfraktion ist grundsätzlich für den Gebrauch von CCS für unvermeidbare Restemissionen, jedoch nur solange der Einsatz nicht zu einer Verlangsamung von Maßnahmen der CO₂-Vermeidung führt (SPD 2023). Darüber hinaus sind der Umgang mit möglichen Risiken des Transport und der Speicherung sowie „eine breite gesellschaftliche Akzeptanz“ (SPD 2023, S. 4) wichtige Kriterien für die SPD.

28 Prozent der Teilnehmer:innen geben an, schon etwas von Carbon Capture and Storage oder Kohlenstoffabscheidung und -speicherung gehört zu haben (siehe Abbildung 23). Der Anteil derjenigen, die schon etwas von CCS gehört haben, reicht von 21 Prozent unter den Befürworter:innen der AfD bis zu 43 Prozent unter denen der Grünen.

Abbildung 23: „Bereits von Carbon Capture and Storage gehört“ nach Parteipräferenz



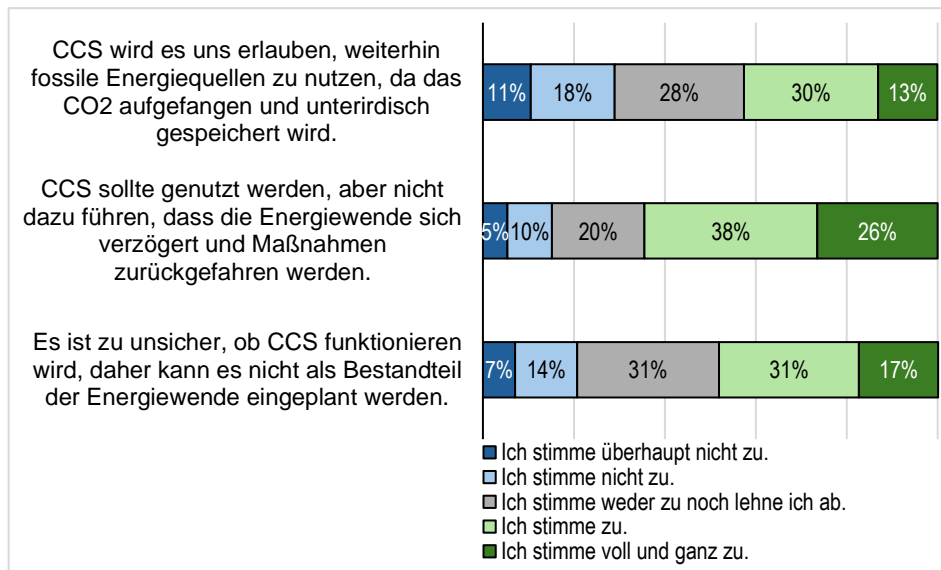
Anmerkung: N = 1569

Quelle: eigene Erhebung

Wie Abbildung 24 zeigt, stimmen 43 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass es CCS erlauben wird, weiterhin fossile Energiequellen zu nutzen, weil das CO₂ aufgefangen und unterirdisch gespeichert wird. Gleichwohl meinen 64 Prozent, dass CCS nicht zu einer Verzögerung der Energiewende und zum Zurückfahren von Maßnahmen führen darf.

Somit wird CCS als Teil der Energiewende gesehen, aber nicht als Ersatz für bestehende Maßnahmen. Darüber hinaus geben 48 Prozent der Befragten an, dass der Erfolg der CCS-Technologie noch zu unsicher ist und CCS daher nicht als Bestandteil der Energiewende eingeplant werden kann.

Abbildung 24: Haltung zu Carbon Capture and Storage



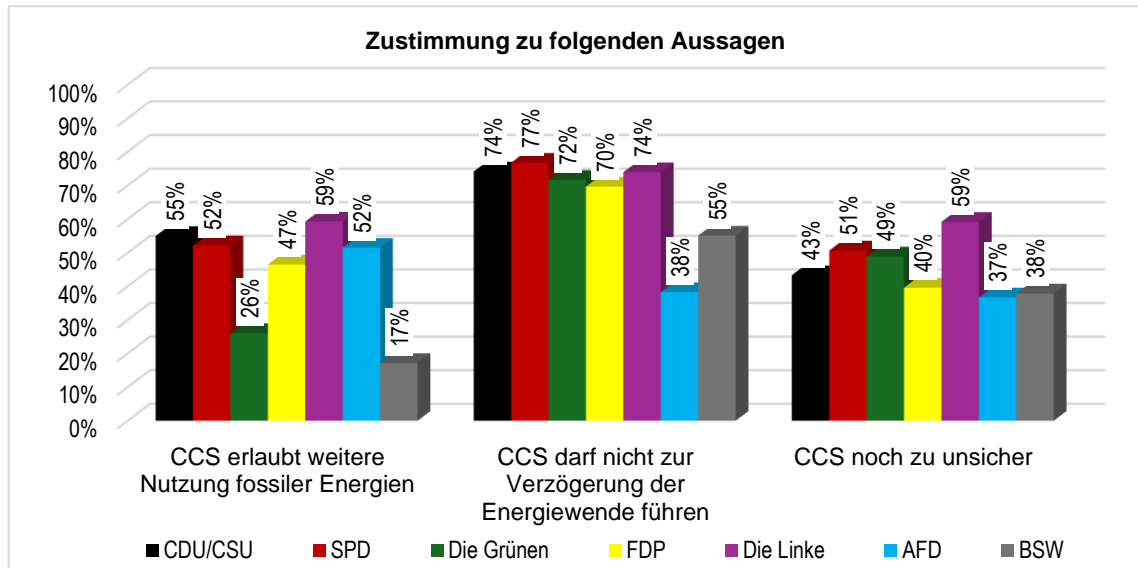
Anmerkung: N = 544

Quelle: eigene Erhebung

Nur eine Minderheit der Anhänger:innen der Grünen (26 Prozent) und des BSW (17 Prozent) stimmt der Aussage zu, dass CCS ein Instrument ist, dass es uns erlaubt, weiter fossile Energiequellen zu nutzen (Abbildung 25 links). Während es bei der FDP 46 Prozent sind, erhält diese Aussagen bei Anhänger:innen von Union (55 Prozent), SPD (52 Prozent), der Linken (59 Prozent) und AfD (52 Prozent) eine knappe Mehrheit. Hinsichtlich der kritischen Haltung der SPD, dass CCS den Ausstieg aus den fossilen Energien nicht verlangsamen soll, sind dies interessante Ergebnisse.

Bei den Anhänger:innen der etablierten Parteien stimmt eine große Mehrheit von 70 Prozent und mehr der Aussage zu, dass CCS die Energiewende nicht verzögern darf (Abbildung 25 Mitte). Während es bei den Befürworter:innen des BSW noch über die Hälfte sind (55 Prozent), stimmen nur 38 Prozent der AfD-Wähler:innen zu. Jeweils die Hälfte der Anhänger:innen von SPD (51 Prozent) und Grünen (49 Prozent) hält CCS noch für zu unsicher. Bei den Anhänger:innen der Linken sind es sogar 59 Prozent, bei den restlichen Parteien nur eine Minderheit von ungefähr 40 Prozent.

Abbildung 25: Haltung zu Carbon Capture and Storage nach Parteipräferenz



Anmerkung: N = 439

Quelle: eigene Erhebung

Teils sind dies widersprüchliche Ergebnisse. Auf der einen Seite plädiert die Hälfte der Unions-, SPD-, Linken- und AfD-Anhänger:innen dafür, durch den Einsatz von CCS weiterhin fossile Energie nutzen zu können; auf der anderen Seite soll sich die Energiewende aber nicht verzögern.

Die Mehrheit der Befragten hat noch nichts von CCS gehört. Somit wird der Einsatz einer Technologie, deren Art der Anwendung weiterhin umstritten ist, zu einer technokratischen Angelegenheit, bei der der Großteil der allgemeinen Bevölkerung weiterhin im Dunkeln gelassen wird. Die Bedingung der SPD hinsichtlich eines „umfassenden und transparenten Dialog[s]“ (SPD 2023, S. 4) muss somit erst noch erfüllt werden.

Unsere Ergebnisse decken sich hier zum Teil mit denen einer Spiegel-Umfrage aus dem Jahr 2023, bei der auch nur 39 Prozent angaben, schon mal etwas von CCS gehört zu haben (spiegel.de 2023b). Unter denjenigen, die die Technologie kennen, ist eine Mehrheit für den Einsatz, aber nur, wenn die Energiewende dadurch nicht verzögert wird. Darüber hinaus gibt es einen erheblichen Anteil, der die Technologie noch für zu unsicher hält.

11. Schlussfolgerungen

Beschäftigte in Deutschland sprechen sich mehrheitlich für die Energiewende und für die Umsetzung der nötigen politischen Maßnahmen aus. Jeweils 60 Prozent sehen die Energiewende als unabdingbar für das Erreichen der Klimaziele an und unterstützen den Ausbau erneuerbarer Energien.

Eine knappe Mehrheit spricht sich für das Zwei-Prozent-Ziel des Flächenausbaus für Windenergie an Land und für den Kohleausstieg aus. Gleichzeitig ist auch jeweils eine knappe Mehrheit der Meinung, dass in Zukunft sowohl Atomenergie als auch einige wenige Kohlekraftwerke weiterhin als Übergangsenergiequelle für die Industrie gebraucht werden. Ein wiederkehrender Grund dafür ist die Angst vor Versorgungsengpässen und Preisanstiegen. Nur eine Minderheit weiß über Wasserstoff und CCS Bescheid.

Entlang des politischen Parteispektrums zeichnen sich vier Linien ab:

- Erstens unterstützen die Anhänger:innen der etablierten politischen Parteien die Energiewende stärker und stehen in fast allen Fragen enger beieinander.
- Zweitens gibt es innerhalb der etablierten Parteien tendenziell zwei Lager. Anhänger:innen der Grünen, der SPD und der Linken (Lager 1) unterstützt die Energiewende stärker und konsequenter als die Anhänger:innen der Union und der FDP (Lager 2).
- Drittens weicht die Zustimmung von AfD-Anhänger:innen bis auf wenige Ausnahmen mit deutlich niedrigeren Zustimmungswerten stark ab. Gleichwohl ist es wichtig hervorzuheben, dass jeweils eine solide Minderheit der AfD-Anhänger:innen Zustimmung zur Energiewende sowie ihren Ziele und Maßnahmen ausdrückt.
- Viertens sind Anhänger:innen des BSW schwieriger zuzuordnen. In vielen Fällen ist die Zustimmung im Vergleich zu den Anhänger:innen der etablierten Parteien deutlich geringer, aber größer als bei den AfD-Anhänger:innen.

Besonders unter den Anhänger:innen der AfD und des BSW ist die Angst vor Preisanstiegen und Arbeitsplatzverlusten stärker ausgeprägt als unter Anhänger:innen der etablierten Parteien. Man könnte vermuten, dass ein Grund hierfür, wie in Kapitel 3 skizziert, die sozioökonomische Lage vieler Anhänger:innen mit durchschnittlich geringerem Einkommen und niedrigeren Bildungsabschlüssen sein könnte. Jedoch suggerieren die Ergebnisse der Regressionsanalysen, dass, auch wenn wir für soziodemografische Merkmale wie Einkommen, Bildung und Bundesland kontrollieren, die signifikanten Unterschiede bestehen bleiben.

Anders ausgedrückt: AfD- und BSW-Anhänger:innen haben mehr Angst vor den ökonomischen Folgen der Energiewende. Diese Besorgnis beruht aber nicht zwangsläufig auf einer durchschnittlich schlechteren ökonomischen Situation im Vergleich zu den Wähler:innen der anderen Parteien. Vielmehr scheinen hier Aspekte relevant zu sein, die wir nicht gemessen haben.

Eine Vielzahl von Studien legt nahe, dass es sich vor allem um ideologische Aspekte handelt (Bretter/Schulz 2024; Drews/van den Bergh 2016). Dies deckt sich zum Teil mit Ergebnissen aus früheren Studien zu den Einstellungen von AfD-Anhänger:innen (Hövermann 2023; infratest dimap 2023; Knollenberg/Sommer 2023), die sowohl ideologische als auch sozioökonomische Aspekte für die Wahlentscheidung anführen.

Auf der einen Seite finden Knollenberg und Sommer (2023) in ihrer Analyse zweier Haushaltsbefragungen aus den Jahren 2017 und 2019, dass AfD-Wähler:innen substantiell klimaskeptischer sind. Die Ergebnisse legen außerdem nahe, dass diese Einstellungen zum Klimawandel bereits vor einem Wechsel zur AfD vorhanden waren. Auf der anderen Seite suggerieren Hövermanns (2023) Befunde, dass sozioökonomische Aspekte, wie die Unsicherheit der Arbeit und die Unzufriedenheit mit Arbeitsbedingungen und Lohn ebenfalls eine wichtige Rolle für die AfD-Wahlentscheidung spielen.

Gleichwohl zeigen sich auch Mehrheiten über die Parteigrenzen und die oben skizzierten Linien hinaus. Denn Anhänger:innen aller Parteien, auch die der AfD und des BSW, sind mehrheitlich für eine Kopplung staatlicher Fördermittel an soziale Aspekte und gute Arbeitsbedingungen und stimmen mehrheitlich zu, dass die Energiewende erfolgreicher sein wird, wenn Bürger:innen und Beschäftigte dabei mitbestimmen können. Dies bekräftigt deutsche Gewerkschaften in ihren Kernforderungen an die Politik, die Energiewende sozial und demokratisch zu denken (DGB 2023a und 2023b) und untermauert einmal mehr die soziale Dimension der Klimapolitik.

Beteiligung verändert auch die Zustimmung beim emotional aufgeladenen Thema Windkraft. Hier zeigen unsere Ergebnisse, dass ein erheblicher Anteil derjenigen, der sich gegen das Zwei-Prozent Flächenausbauziel ausspricht, angibt, das Ziel eher zu unterstützen, wenn Bürger:innen von dem lokal produzierten Strom profitieren.

Der Energiepreis ist bei allen Beschäftigten ein Anlass zur Sorge, aber vor allem bei den AfD-Anhänger:innen. In der Energiepolitik scheint es also wichtig, Vertrauen zu schaffen, dass eine Versorgung durch erneuerbare Energie nicht zur Kostenexplosion führen wird. Hieraus leitet sich auch ab, dass Maßnahmen für die soziale Gestaltung der Transformation – Klimageld, finanzielle Beteiligung an lokal produziertem Strom, bessere

Löhne, höhere Subventionen, bezahlte Qualifizierung – noch zügiger und großzügiger angelegt und eingeführt werden müssen. Dafür braucht es jedoch eine Reform der Schuldenbremse (Dullien et al. 2024).

Insgesamt legen die Ergebnisse unserer Studie nahe, dass die Forderungen, die ökologische Transformation sozial zu gestalten, nicht nur eine Fußnote in der politischen Diskussion ausmachen sollten, sondern zentral werden müssen, um den Zuspruch zu demokratischen Parteien der Mitte aufrechtzuerhalten und zu stärken.

Aus diesen Ergebnissen ergeben sich vier politische Handlungsfelder, die Unterstützung für die Energiewende bei Anhänger:innen aller politischen Lager finden:

1. Staatliche Unterstützung an soziale Bedingungen knüpfen

Diese Politikmaßnahme greift die ökonomischen Ängste auf, die besonders aber nicht ausschließlich AfD- und BSW-Befürworter:innen derzeit mit der Energiewende verbinden. Es gilt zunächst staatliche Investitionen an Kriterien guter Arbeit wie Tariflohn und Betriebsräte zu knüpfen. Weiter gilt es, Tarifverträge in den neuen Sektoren abzuschließen. Diese Maßnahme setzt an der fehlenden Verbreitung von Tarifverträgen in den Branchen der erneuerbaren Energien an und macht einen Wechsel in diese Branchen so attraktiver für die Beschäftigten. Die Bundesregierung muss hier auch aktiver werden und mehr Druck auf die Betriebe in den neuen Branchen hin zu mehr Tariftreue ausüben.

2. Energiewende braucht direkte Beteiligung und Demokratie

Beteiligung der und Mitbestimmung durch die Bürger:innen und Beschäftigten fördern demokratische Teilhabe. Diese Erfahrungen sind vielen Befürworter:innen von AfD und BSW abhandengekommen (Hövermann 2023).

Neben demokratischer Teilhabe sollten Bürger:innen auch an den finanziellen Vorteilen von Erneuerbare-Energien-Projekten, z. B. Windparkanlagen, teilhaben. Dies kann die finanziellen Ängste mildern und die Akzeptanz für Projekte in der Region stärken. Hierzu sollten die bereits vorhandenen politischen Unterstützungen für „Bürgerwindparks“ (Landesregierung Nordrhein-Westfalen o. J.; LEA Hessen 2022; Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz 2024) und ähnliche Beteiligungskonzepte noch effektiver und öffentlich wirksamer unterstützt werden.

3. Verteilungspolitische Probleme und Ängste durch unterstützende Maßnahmen flankieren

Allein auf marktwirtschaftliche Politikmaßnahmen wie CO₂-Preise zu setzen wird verteilungspolitisch schwierig werden (Dullien et al. 2024). CO₂-Preise haben oft einen regressiven Effekt: sie belasten untere und mittlere Einkommensgruppen proportional mehr als obere (Alvarez 2019; Kirchner et al. 2018; Wier et al. 2005). Auch wenn diese Effekte teilweise über Ausgleichsmechanismen behoben werden können (ibid.), wird ein pauschales Klimageld, wie bisher politisch diskutiert, nicht ausreichen (Dullien et al. 2024).

Zum einen könnten indirekte Steuersenkungen auf Nahrungsmittel mit geringer CO₂-Bilanz und den öffentlichen Nahverkehr das allgemeine Preisniveau senken und so Haushalte entlasten (ibid.). Zum anderen müssen durch eine Reform der Schuldenbremse mehr öffentliche Mittel zur Dekarbonisierung der Infrastruktur bereitgestellt werden, damit es den Bürger:innen ermöglicht wird, sich CO₂-ärmer zu verhalten und somit auch Geld einzusparen. Ebenfalls muss die Bundesregierung ihrem Versprechen für mehr bezahlbaren sozialen Wohnraum, der ebenfalls energieeffizient und emissionsarm ist, nachkommen.

4. Kohle- und Atomausstieg besser kommunizieren

Die widersprüchliche Kommunikation hinsichtlich der Versorgungssicherheit während der Energiekrise als Folge des Angriffs Russlands auf die Ukraine, hat Verunsicherung in der Bevölkerung ausgelöst. Diese Verunsicherung – vor allem vor dem Hintergrund der Versorgungssicherheit als wichtigstem Kriterium für die Energieversorgung – führt zu fehlendem Rückhalt für den Kohleausstieg innerhalb der Bevölkerung. Ähnlich ist es mit dem Atomausstieg.

Die Versicherung des Bundesnetzagentur, dass die Energieversorgung auch in Zukunft garantiert ist, muss deutlicher und effektiver kommuniziert werden. Darüber hinaus muss die eingeschränkte Wirtschaftlichkeit eines Wiedereinstiegs und Ausbaus der Atomenergie medial prä-senter nach außen kommuniziert werden. Die Bundesregierung, aber auch Gewerkschaften sollten über Informationskampagnen für mehr Vertrauen der Bürger:innen in den Kohle- und Atomausstieg werben.

Literatur

Alle im Folgenden genannten Webseiten wurden zuletzt am 27.9.2024 abgerufen, soweit nicht anders angegeben.

AfD – AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag (o. J.): Klimaschutz und Energie.

<https://afdbundestag.de/arbeitskreise/klimaschutzundenergie/>

AfD – AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag (2023): Keine Wasserstoffpolitik für Europa zu Lasten von Menschen und Umwelt in Afrika. Antrag vom 7.11.2023.

<https://afdbundestag.de/keine-wasserstoffpolitik-fuer-europa-zu-lasten-von-menschen-und-umwelt-in-afrika/>

AEE – Agentur für Erneuerbare Energien (o. J.): Der Strommix in Deutschland im Jahr 2023.

www.unendlich-viel-energie.de/mediathek/grafiken/der-strommix-in-deutschland-im-jahr-2023

Alvarez, Maximiliano (2019): Distributional effects of environmental taxation: An approximation with a meta-regression analysis. In: Economic Analysis and Policy 62, S. 382–401.

<https://doi.org/10.1016/j.eap.2018.10.003>

Banita, Georgiana (2023): Vom Winde verdreht? Mediale Narrative über Windkraft, Naturschutz und Energiewandel. OBS-Arbeitspapier 60. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.

www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP60_Energiewende_WEB.pdf

Bilger, Steffen (2024): Abschaltung der Kernkraftwerke vor einem Jahr war großer Fehler. Pressemitteilung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 14.4.2024.

www.cducsu.de/presse/pressemitteilungen/abschaltung-der-kernkraftwerke-vor-einem-jahr-war-grosser-fehler

BMWK – Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2023): Fortschreibung der Nationalen Wasserstoffstrategie.

www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/fortschreibung-nationale-wasserstoffstrategie.pdf?__blob=publicationFile&v=9

BMWK – Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2024a): Eckpunkte der Bundesregierung für eine Carbon Management-Strategie. 26.2.2024

www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/E/240226-eckpunkte-cms.pdf?__blob=publicationFile&v=12

- BMWK – Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2024b):
Kabinett macht Weg frei für CCS in Deutschland. Habeck:
„Entscheidung für CCS ist Richtungsentscheidung für die Industrie
in Deutschland“. Pressemitteilung vom 29.5.2024.
[www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2024/05/
20240529-entscheidung-ccs-industrie-deutschland.html](http://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2024/05/20240529-entscheidung-ccs-industrie-deutschland.html)
- Bretter, Christian / Schulz, Felix (2024): Public support for
decarbonization policies in the UK: exploring regional variations
and policy instruments. In: Climate Policy 24(1), S. 117–137.
<https://doi.org/10.1080/14693062.2023.2273302>
- BSW – Bündnis Sahra Wagenknecht (2024): Programm für die
Europawahl 2024.
[https://bsw-vg.de/wp-content/uploads/2024/02/
BSW_Europawahlprogramm_2024.pdf](https://bsw-vg.de/wp-content/uploads/2024/02/BSW_Europawahlprogramm_2024.pdf)
- BUND – Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (o. J. a):
Braunkohlenkraftwerke – Klimakiller Nr. 1.
[www.bund-nrw.de/braunkohle/hintergruende-und-publikationen/
braunkohlenkraftwerke-contra-klimaschutz/](http://www.bund-nrw.de/braunkohle/hintergruende-und-publikationen/braunkohlenkraftwerke-contra-klimaschutz/)
- BUND – Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (o. J. b):
Klimaschutz statt CO2-Endlager!
www.bund.net/klimawandel/ccs/
- Bundesnetzagentur (2023): Bericht zu Stand und Entwicklung der
Versorgungssicherheit im Bereich der Versorgung mit Elektrizität.
[www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/
versorgungssicherheit-strom-bericht-2022.pdf?__blob=
publicationFile&v=4](http://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/versorgungssicherheit-strom-bericht-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=4)
- Bundesnetzagentur (2024): Systemrelevanzprüfungen.
[www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/
Versorgungssicherheit/Erzeugungskapazitaeten/Systemrelevante
KW/start.html](http://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Versorgungssicherheit/Erzeugungskapazitaeten/SystemrelevanteKW/start.html)
- Bundesregierung (2022): Energieversorgung. Schnellerer Ausstieg aus
der Braunkohle in NRW. 24.10.2022.
[www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/klimaschutz/
kohleausstieg-2030-2139228](http://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/klimaschutz/kohleausstieg-2030-2139228)
- Bundesregierung (2023): Nationale Wasserstoffstrategie. Energie aus
klimafreundlichem Gas. 26.7.2023.
[www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/klimaschutz/
wasserstoff-technologie-1732248](http://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/klimaschutz/wasserstoff-technologie-1732248)

- CDU/CSU – CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag (2023a):
Carbon Capture and Storage (CCS) / Carbon Capture and Utilization (CCU): Chancen für Klima, Industrie und Wohlstand. Positionspapier der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Beschluss vom 17.1.2023.
www.cduscu.de/sites/default/files/2023-01/PP%20CCS%20und%20CCU%20neu_0.pdf
- CDU/CSU – CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag (2023b):
Wasserstoffhochlauf – pragmatisch, schnell, technologieoffen. Für eine starke Wirtschaft, für Klimaneutralität. Positionspapier der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Beschluss vom 28.3.2023.
www.cduscu.de/sites/default/files/2023-04/PP%20Wasserstoffhochlauf.pdf
- Dechezleprêtre, Antoine / Fabre, Adrien / Kruse, Tobias / Planterose, Blueberry / Sanchez Chico, Ana / Stantcheva, Stefanie (2023):
Fighting Climate Change: International Attitudes Toward Climate Policies. NBER Working Paper 30265. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research.
www.nber.org/system/files/working_papers/w30265/w30265.pdf
- Deutscher Bundestag (2020): Antrag der Abgeordneten Karsten Hilse, Dr. Heiko Wildberg, Marc Bernhard et al. und der Fraktion der AfD.
Erzeugung von Wasserstoff – Wohlstand und Umweltschutz – Synthetische Betriebs- und Treibstoffe mit Nuklearenergie der Generation IV. Antrag vom 10.9.2020.
<https://dserver.bundestag.de/btd/19/224/1922446.pdf>
- Deutscher Bundestag (2023a): Antrag der Abgeordneten Karsten Hilse, Marc Bernhard, Andreas Bleck et al. und der Fraktion der AfD.
Freiheit statt Ideologie – Aufkündigung aller internationalen Klimavereinbarungen. Antrag vom 15.11.2021 [sic].
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/084/2008417.pdf>
- Deutscher Bundestag (2023b): Antrag der Abgeordneten Karsten Hilse, Marc Bernhard, Steffen Kotré et al. und der Fraktion der AfD. Eine krisenfeste, verlässliche und kostengünstige Energieversorgung Deutschlands ermöglichen. Antrag vom 10.10.2023.
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/088/2008874.pdf>
- Deutscher Bundestag (2023c): Umwelt. Kein Rückhalt für Unionsanträge zur Speicherung von Kohlendioxid im tiefen Meeresuntergrund. Meldung zur Sitzung vom 12.10.2023.
www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw41-de-meeresverschmutzung-968834

- Deutscher Bundestag (2024a): Antrag der Abgeordneten Dr. Rainer Kraft, Karsten Hilse, Steffen Kotré et al. und der Fraktion der AfD. Für eine kostengünstige, sichere und zukunftsfähige Energieversorgung – Kernenergie konsequent ausbauen. Antrag vom 23.4.2023 [sic].
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/111/2011145.pdf>
- Deutscher Bundestag (2024b): Antrag der Abgeordneten Friedrich Merz, Alexander Dobrindt, Thorsten Frei et al. und der Fraktion der CDU/CSU. Einsetzung des 2. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode. Antrag vom 11.6.2024.
<https://dserver.bundestag.de/btd/20/117/2011731.pdf>
- DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund (2023a): Anforderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zur Industriestrategie der Bundesregierung (BMWK) 2023. Stellungnahme vom 10.2.2023.
www.dgb.de/fileadmin/download_center/Stellungnahmen/Anforderungen-des-DGB-zur-Industriestrategie-der-Bundesregierung-2023.pdf
- DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund (2023b): Stellungnahme zum Entwurf eines Klimaschutzprogramms 2023 der Bundesregierung. 10.8.2023.
www.dgb.de/fileadmin/download_center/Stellungnahmen/2023-08-10_DGB_-_Stellungnahme_KSP_2023.pdf
- deutschlandfunk.de (2023): Rheinisches Braunkohlerevier. Der Streit um die Kohle unter Lützerath. In: deutschlandfunk.de, 9.2.2023
www.deutschlandfunk.de/luetzerath-rwe-kohle-tagebau-100.html
- Die Linke (2021): Klimagerechtigkeit und Energiewende.
www.die-linke.de/wahlen/wahlprogrammdebatte-2021/wahlprogrammentwurf-2021-erster-entwurf/klimagerechtigkeit-und-energiewende/
- Die Linke (2022): Janine Wissler. Es gibt keinen Grund den Atomausstieg hinauszuzögern. Pressemitteilung vom 18.10.2022.
www.die-linke.de/start/presse/detail/es-gibt-keinen-grund-den-atomausstieg-hinauszuzoegern/
- Die Linke im Europaparlament (2024): Energie-, Klima- und Umweltpolitik.
<https://dielinke-europa.eu/themen/energie-klima-und-umweltpolitik/>
- Drews, Stefan / van den Bergh, Jeroen C. J. M. (2016): What explains public support for climate policies? A review of empirical and experimental studies. In: Climate Policy 16(7), S. 855–876.
<https://doi.org/10.1080/14693062.2015.1058240>

- Dullien, Sebastian / Bauermann, Tom / Endres, Lukas / Herzog-Stein, Alexander / Rietzler, Katja / Tober, Silke (2024): Schuldenbremse reformieren, Transformation beschleunigen. Wirtschaftspolitische Herausforderung 2024. IMK Report 187. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
www.imk-boeckler.de/fpdf/HBS-008771/p_imk_report_187_2024.pdf
- Emmler, Helge / Seikel, Daniel (2024): Wer wählt „Bündnis Sahra Wagenknecht“? Aktuelle Erkenntnisse über die BSW-Wahlbereitschaft aus der WSI -Erwerbspersonenbefragung. WSI Report 94. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
www.wsi.de/fpdf/HBS-008875/p_wsi_report_94_2024.pdf
- FDP (2023a): Energiepolitik. Ausstieg aus der Kernkraft ist strategischer Fehler.
www.fdp.de/ausstieg-aus-der-kernkraft-ist-strategischer-fehler
- FDP (2023b): Zukunftsthemen für einen wirksamen Klimaschutz. Positionspapier der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag.
www.fdpbt.de/sites/default/files/2023-05/positionspapier-zukunftsthemen-fur-einen-wirksamen-klimaschutz.pdf
- Gösta Beutin, Lorenz (2023): Wasserstoff-Strategie erhärtet Klüngel-Verdacht im Wissing-Ministerium. Erklärung vom 28.7.2023.
www.die-linke.de/start/presse/detail/wasserstoff-strategie-erhaertet-kluengel-verdacht-im-wissing-ministerium/
- Hagemeyer, Lennart / Faus, Rainer / Bernhard, Lukas (2024): Vertrauensfrage Klimaschutz. Mehrheiten für eine ambitionierte Klimapolitik gewinnen. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
<https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20941.pdf>
- Hauenstein, Christian / Hainsch, Karlo / Herpich, Philipp / Holz, Franziska / Kemfert, Claudia / Kendzioriski, Mario / Oei, Pao-Yu / Rieve, Chatarina (2022): Stromversorgung auch ohne russische Energielieferungen und trotz Atomausstiegs sicher – Kohleausstieg 2030 bleibt machbar. DIW aktuell 84. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.839634.de/diw_aktuell_84.pdf
- Hövermann, Andreas (2023): Das Umfragehoch der AfD. Aktuelle Erkenntnisse über die AfD-Wahlbereitschaft aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel. WSI Report 92. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
www.wsi.de/fpdf/HBS-008748/p_wsi_report_92_2023.pdf

- Hulverscheidt, Claus (2024): Atomausstieg. „Wie der Minister es heute dargestellt hat, ist es völlig logisch“. In: sueddeutsche.de, 26.4.2024.
www.sueddeutsche.de/politik/wirtschaftspolitik-energiepolitik-atomausstieg-robert-habeck-1.6634108
- infratest dimap (2024): ARD-DeutschlandTrend April 2024: Repräsentative Studie im Auftrag der ARD.
www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2024/april/
- IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change (2023): Climate Change 2023. Synthesis Report. Summary for Policymakers.
www.ipcc.ch/report/ar6/syr/downloads/report/IPCC_AR6_SYR_SPM.pdf
- Irmisch, Till (2023): Fossiler Wasserstoff: Klimazerstörer trotz CO₂-Abscheidung. Umweltinstitut München.
<https://umweltinstitut.org/energie-und-klima/wasserstoff/fossiler-wasserstoff/>
- Kirchner, Mathias / Sommer, Mark / Kettner-Marx, Claudia / Kletzan-Slamanig, Daniela / Köberl, Katharina / Kratena, Kurt (2018): CO₂ Tax Scenarios for Austria. Impacts on Household Income Groups, CO₂ Emissions, and the Economy. WIFO Working Papers 558. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.
www.econstor.eu/bitstream/10419/179312/1/wp_2018_558.pdf
- Landesregierung Nordrhein-Westfalen – Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen (o. J.): Nordrhein-Westfalen stärkt Bürgerenergie und Akzeptanz.
www.windenergieausbau.nrw.de/foerderung-und-beteiligung/buergerenergie
- Lane, Joe / Greig, Chris / Garnett, Andrew (2021): Uncertain storage prospects create a conundrum for carbon capture and storage ambitions. In: Nature Climate Change 11(11), S. 925–936.
<https://doi.org/10.1038/s41558-021-01175-7>
- Laufmann, Peter (2023): Von wegen Vogelkiller Nummer 1: Windrad nicht unter den Top-5-Gefahren. In: agrarheute.de, 25.7.2023.
www.agrarheute.com/energie/wegen-vogelkiller-nummer-1-windrad-top-5-gefahren-609390
- LEA Hessen – Landesenergieagentur Hessen (2022): Finanzielle Bürgerbeteiligung an Windenergieprojekten. Wie Einnahmen vor Ort bleiben.
www.buergerforum-energiewende-hessen.de/mm/Finanzielle_Brgerbeteiligung_Infopapier_Buergerforum_2022_bf_korr-neu.pdf

- Lefstad, Lina / Allesson, Jonas / Busch, Henner / Carton, Wim (2024): Burying problems? Imaginaries of carbon capture and storage in Scandinavia. In: Energy Research & Social Science 113, 103564. <https://doi.org/10.1016/j.erss.2024.103564>
- Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz (2024): Meyer: „Menschen vor Ort profitieren durch Beteiligung und Wertschöpfung von Erneuerbaren Energien“. Niedersächsischer Landtag verabschiedet niedersächsisches Windgesetz. Pressemitteilung vom 17.4.2024. www.umwelt.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/pressemitteilungen/pi39-windgesetz-231390.html
- Pawlik, Vladimir (2024): CO₂-Emissionen von Kohlekraftwerken in ausgewählten Ländern im Jahr 2024. In: statista.com, 17.9.2024. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1376061/umfrage/co2-ausstoss-von-kohlekraftwerken-ausgewaehlter-laender/>
- Roßbach, Henrike (2024): Kernenergie. Union will Rückbau von Atomkraftwerken stoppen. In: sueddeutsche.de, 10.4.2024. www.sueddeutsche.de/politik/atomkraftwerke-union-rueckbau-stopp-inbetriebnahme-1.6538051
- Schulz, Felix / Trappmann, Vera (2023): Erwartungen von Beschäftigten an die sozial-ökologische Transformation. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zu Klimawandel und Arbeitswelt. Working Paper Forschungsförderung 308. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung. www.boeckler.de/fpdf/HBS-008723/p_fofoe_WP_308_2023.pdf
- Sonnenberg, Anne-Katrin (2024): Die YouGov-Sonntagsfrage im April 2024 + Befürwortung für Tempolimit. Meldung vom 11.4.2024. <https://yougov.de/politics/articles/49104-die-yougov-sonntagsfrage-im-april-2024-befurwortung-fur-tempolimit>
- Sovacool, Benjamin K. / Del Rio, Dylan Furszyfer / Herman, Kyle / Iskandarova, Marfuga / Uratani, Joao M. / Griffiths, Steve (2024): Reconfiguring European industry for net-zero: a qualitative review of hydrogen and carbon capture utilization and storage benefits and implementation challenges. In: Energy & Environmental Science 17(10), S. 3523–3569. <https://doi.org/10.1039/D3EE03270A>
- SPD (2023): Negativemissionstechnologien (CCU/S) – zum Umgang mit unvermeidbaren Restemissionen. Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion. 5.5.2023. www.spdfraktion.de/system/files/documents/positionspapier_negativemissionstechnologien.pdf

- spiegel.de (2023a): Letzte Meiler gehen vom Netz. Grüne und SPD feiern Atomausstieg – FDP hadert mit AKW-Aus. In: spiegel.de, 15.4.2023.
www.spiegel.de/politik/atom-aus-gruene-und-spd-feiern-atomausstieg-fdp-hadert-mit-akw-aus-a-ae0c96fb-5871-4fdd-9d7f-9bb5b368fa6c
- spiegel.de (2023b): Umfrage zum CCS-Verfahren. So denken die Deutschen über CO₂-Endlager. In: spiegel.de, 11.5.2023.
www.spiegel.de/wissenschaft/ccs-haelfte-der-deutschen-wuerde-co-einlagerung-in-eigener-region-akzeptieren-a-178cdcc8-5b3e-4fb0-bfb4-e043e44c3686
- tagesschau.de (2023): Parteitag in Karlsruhe. Grüner Kurswechsel bei der CO₂-Speicherung. In: tagesschau.de, 25.11.2023.
www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/gruene-parteitag-co2-speicherung-100.html
- tagesschau.de (2024): Bundesparteitag. FDP lehnt Antrag zu Wiedereinstieg in Atomkraft ab. In: tagesschau.de, 28.4.2024.
www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/fdp-parteitag-atomkraft-100.html
- tagesspiegel.de (2023): Auch bei früherem Kohleausstieg: Stromversorgung ist sicher. In: tagesspiegel.de, 1.2.2023.
www.tagesspiegel.de/wirtschaft/auch-bei-fruherem-kohleausstieg-stromversorgung-ist-sicher-9275460.html
- Umweltbundesamt (2024a): Energiebedingte Emissionen von Klimagasen und Luftschadstoffen. Stand: 19.1.2024.
www.umweltbundesamt.de/daten/energie/energiebedingte-emissionen
- Umweltbundesamt (2024b): Treibhausgas-Emissionen in Deutschland. Stand: 6.5.2024.
www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland
- Umweltbundesamt (2024c): Wasserstoff – Schlüssel im künftigen Energiesystem. Stand: 3.4.2024.
www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/wasserstoff-schluessel-im-kuenftigen-energiesystem#Rolle
- Uniper (2021): Farbenlehre im Blick: Warum ist blauer Wasserstoff so wichtig? Interview mit Dr. Axel Wietfeld, 13.12.2021.
www.uniper.energy/news/de/farbenlehre-im-blick-warum-ist-blauer-wasserstoff-so-wichtig

- Weiland, Severin / Wittrock, Philipp (2011): Atomausstieg. FDP-Spitze irritiert mit Blitz-Atomschwenk. In: Der Spiegel, 29.3.2011.
www.spiegel.de/politik/deutschland/atomausstieg-fdp-spitze-irritiert-mit-blitz-atomschwenk-a-753892.html
- Wier, Mette / Birr-Pedersen, Katja / Klinge Jacobsen, Henrik / Klok, Jacob (2005): Are CO₂ taxes regressive? Evidence from the Danish experience. In: Ecological Economics 52(2), S. 239–251.
<https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2004.08.005>
- zdf.de (2024): Mehrere Kohlekraftwerke vom Netz. Habeck hält Energieversorgung für sicher. In: zdf.de, 1.4.2024.
www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/kohlekraftwerke-habeck-energieversorgung-100.html

Anhang

Tabelle 2: Ergebnisse der Varianzanalysen

	Alter	Geschlecht	Bildungs- grad*	Ein- kommen**
AfD				
CDU/CSU	-2,19 (p=0,421)	0,046 (p=0,979)	0,279 (p<0,001)	1,00 (p<0,001)
SPD	-2,615 (p=0,377)	0,087 (p=0,648)	0,308 (p<0,001)	0,485 (p=0,123)
Die Grünen	-7,061 (p<0,001)	0,140 (p=0,053)	0,524 (p<0,001)	0,734 (p<0,001)
FDP	-8,599 (p<0,001)	0,040 (p=0,999)	0,464 (p<0,001)	0,894 (p=0,002)
Die Linke	-6,339 (p=0,006)	0,162 (p=0,335)	0,415 (p<0,001)	0,489 (p=0,722)
BSW	1,157 (p=0,998)	0,164 (p=0,076)	0,156 (p=0,229)	-0,176 (p=0,999)
BSW				
CDU/CSU	-3,344 (p=0,274)	-0,119 (p=0,457)	0,123 (p=0,545)	1,176 (p<0,001)
SPD	-3,77 (p=0,224)	-0,077 (p=0,956)	0,153 (p=0,339)	0,661 (p=0,083)
Die Grünen	-8,218 (p<0,001)	-0,024 (p=0,999)	0,369 (p<0,001)	0,911 (p=0,001)
FDP	-9,756 (p<0,001)	-0,125 (p=0,744)	0,308 (p=0,002)	1,07 (p=0,002)
Die Linke	-7,496 (p=0,004)	-0,002 (p=1,00)	0,259 (p=0,069)	0,666 (p=0,455)

Anmerkungen:

* Der Bildungsgrad basiert auf einer dreistufigen Einteilung: ohne Bildungsabschluss oder mit Hauptschulabschluss; Realschulabschluss, (Fach-)Hochschulreife oder abgeschlossene Berufsausbildung/Lehre; Hochschulabschluss.

** Das persönliche monatliche Nettoeinkommen wurde auf einer Zehn-Punkte-Skala von 1 („weniger als 1000 Euro“) bis 10 („mehr als 8000 Euro“) gemessen.

Quelle: eigene Erhebung

ISSN 2509-2359